

## I. DIE AUSGANGSPOSITION DER DEUTSCHEN REPARATIONS- POLITIK IM OKTOBER UND NOVEMBER 1918

### 1. Der Eintritt der SPD in die Regierungsverantwortung und seine Auswirkung auf die spätere Regelung der Kompetenzen in der Reparationsfrage

In den entscheidenden Monaten vom Oktober 1918 bis zum Juni 1919 war die SPD die stärkste und einflußreichste Partei in Deutschland, das Rückgrat der verschiedenen Reichsregierungen. Ihre Vorbereitungen auf die Friedensverhandlungen in allen finanziellen und wirtschaftlichen Fragen mußten davon abhängen, wie sie als sozialistische Partei diese Probleme im Zusammenhang mit ihrem innenpolitischen Programm betrachten und lösen wollte. Dafür wurde entscheidend, welche Verfassung nach dem Zusammenbruch der Hohenzollern-Monarchie das Deutsche Reich erhielt, welche gesellschaftlichen Kräfte den Regierungsmechanismus aufbauten und inwieweit die SPD ihre Stellung als dominierende Partei wahrnahm.

Die Behandlung des Reparationsproblems war geradezu ein Testfall dafür, ob die SPD in der Lage war, in einer der für die Nachkriegszeit wichtigsten Fragen eine eigene Konzeption zu entwickeln und durchzusetzen, oder ob sie in das Schlepptau anderer politischer Gruppierungen geriet. Hier mußte sich zeigen, wie die Macht nach der Novemberrevolution tatsächlich verteilt war. Die Drohung ungeheurer Reparationslasten und wirtschaftlicher Not des Kriegsendes verstärkte bei den Bankiers, Industriellen und Kaufleuten, die in der wilhelminischen Ära groß geworden und von ihr geprägt waren, die ohnedies schon vorhandene Überzeugung ihrer wirtschaftlichen – und politischen – Unentbehrlichkeit, die nur eine sehr energische, mit einem klaren politischen Willen begabte SPD wieder auf das rechte Maß beschränken konnte. Die entscheidende Frage war also, für wen und für was sich die SPD entschied. Auch wenn sie die totale Umwälzung ablehnte, blieben mehrere Möglichkeiten offen. Die Dinge waren so, wie sie sich entwickelten, nicht von der Alternative geprägt: „Die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem alten Offizierskorps<sup>1</sup>.“

Anfang November 1918 war die SPD eine konservative Partei aus innerer Schwäche und einem Mangel an klarer Erkenntnis der geschichtlichen Situation. Dieses Urteil verliert jedoch an Schärfe, wenn man die ungemein schwierigen Voraussetzungen beachtet, unter denen die SPD zum erstenmal Regierungsverantwortung übernahm: ihre eigene Gefährdung und den inneren und äußeren Zusammenbruch. Die Novemberrevolution machten die Matrosen und Soldaten, während die SPD nur darauf reagierte. Sie wollte zunächst verhindern, daß ihre Anhänger sich radikaleren Gruppen oder der USPD anschlossen, und versuchte, als

---

<sup>1</sup> Quellen, 6/I, S. XV. Matthias zitiert hier aus Erdmann, Geschichte, S. 7, und begründet ihm gegenüber die Möglichkeit eines „dritten Wegs“.

dann auch die Arbeiter auf die Straße gingen, die Bewegung in die Hand zu bekommen, um sie in geordnete Bahnen zu lenken.

Die SPD besaß durchaus noch das Vertrauen der Arbeiter und war die gegebene Führung für eine Massenbewegung. Allerdings stand sie nicht mehr allein da, seit es die Unabhängigen Sozialdemokraten gab. Die Situation wurde dadurch kompliziert, daß die SPD seit dem 3. Oktober 1918 unter dem Reichskanzler Max Prinz von Baden Regierungspartei war.

Am Mittag des 9. November, nach der Verkündung der Abdankung Wilhelms II. und des Kronprinzen, forderte Ebert an der Spitze einer SPD-Delegation Max Prinz von Baden unter dem Druck der revolutionären Ereignisse auf, „daß die Regierungsgewalt an Männer übergeht, die das volle Vertrauen des Volkes besitzen“<sup>2</sup>. Der Reichskanzler übergab Ebert die Geschäfte. Danach verkündete Scheidemann die Republik<sup>3</sup>, und in weiteren Verhandlungen kam eine Koalitionsvereinbarung mit der USPD zustande, die zur Bildung der paritätisch aus beiden Parteien zusammengesetzten Regierung der sechs Volksbeauftragten unter dem Vorsitz Friedrich Eberts und Hugo Haases, des Vorsitzenden der USPD, führte.

Bedeutete die Übergabe der Geschäfte durch Max von Baden an Ebert einen – von beiden für sehr wichtig gehaltenen – Akt der Kontinuität, dem allerdings verfassungsrechtlich legitimierende Kraft fehlte, so stellte die am folgenden Tage, dem 10. November 1918, eingeholte Bestätigung der neuen Reichsregierung durch den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Großberlins einen Akt revolutionärer Legitimierung dar. Entscheidend war, daß Ebert vom ersten Augenblick an soviel Kontinuität und Legalität wie nur möglich für sein Vorgehen gewinnen wollte. Der an sich erstaunliche Eintritt in die Regierung Max' von Baden, in erster Linie bedingt durch die militärische Niederlage Deutschlands und das nationale Verantwortungsgefühl der SPD-Parteiführung, bedeutete eine auch nach außen hin nun deutlich vollzogene Abkehr von der rein negativen und ablehnenden Position gegenüber der kaiserlichen Regierung und zugleich von jeder revolutionären Haltung.

Dabei war die Kluft zu den Arbeiter- und Soldatenräten keineswegs unüberbrückbar, schon deswegen nicht, weil sie in ihrer Mehrzahl treue Anhänger der SPD waren. Die SPD hingegen wollte jede revolutionäre oder unkontrollierte Bewegung unterbinden; deshalb reagierte sie mit zunehmender Gereiztheit auf alle Initiativen der Räte, vor allem der Radikalen, die sich um den von Karl Liebknecht geführten Spartakusbund scharten. Ausschlaggebend für die sozialdemokratische Haltung, soweit sie sich von außen her beeinflußt zeigte, war die Furcht vor einem Ausgreifen des Bolschewismus auf Deutschland nach dem Beispiel der Entwicklung in Rußland<sup>4</sup>. Die SPD und ihre Anhänger hatten 1918 schon wesentlich mehr zu verlieren als ihre Ketten. Sie hatten schon lange vor dem Ersten Weltkrieg den evolutionären Weg eingeschlagen, bestimmt von „Sozialpolitik und Wahlrecht“, aber „die großen politischen Fragen der Staats- und Wirtschaftsordnung lagen demgegenüber am

<sup>2</sup> Quellen, 6/I, S. 4.

<sup>3</sup> Jessen-Klingenberg, S. 649–56.

<sup>4</sup> Lösche, 4. Kapitel; Matthias, S. 69–93.

Rande ihres Gesichtskreises“. Sie pflegten einen „Kultus der Wahlen und Wahlerfolge“<sup>5</sup>. Dieses Verhalten drückte bereits den Wunsch aus, sich in die Nation zu integrieren. Man wollte sich eine geachtete und starke Stellung in der bestehenden Gesellschaft erkämpfen, nicht auf ihren Trümmern eine total neue errichten. Die SPD war außerdem eine straff organisierte Partei von bemerkenswerter Disziplin. Dies korrespondiert übrigens mit Mustervorstellungen des wilhelminischen Zeitalters. Organisation und Disziplin waren nur möglich, weil ein weitverzweigtes Funktionärskorps das Rückgrat der Partei bildete<sup>6</sup>. Dieses beharrende Element neigte besonders dazu, sich aus den gesicherten, von der Parteihierarchie geschaffenen Positionen heraus, den fest Angestellten oder Beamten ähnlich, an dem Ideal der bürgerlichen Kultur zu orientieren<sup>7</sup>. Diese „sozialen Aufstiegs Wünsche“ kann man aber nicht nur auf kulturellem Gebiet verfolgen, sie hatten auch eine starke politische Komponente: das Streben nach Anerkennung, das Streben, hoffähig zu werden, Einfluß zu gewinnen und die Verunglimpfung als „vaterlandslose Gesellen“ zu widerlegen.

So wuchs die SPD, die sowohl von den führenden Gesellschaftsschichten des Kaiserreichs abgelehnt wurde als auch bis weit in den Ersten Weltkrieg hinein aus eigener Entscheidung in jahrelanger frustrierender Opposition geblieben war, allmählich doch in die Rolle einer zur Übernahme von politischer Verantwortung bereiten Partei hinein. Vom Patriotismus der Kriegszeit erfüllt, zeigte sie sich national „zuverlässiger“ – und ernsthafter – als alle jene Nationalisten, die ihr nationale Gesinnung absprechen wollten. Max Weber schrieb am 6. November 1918 an Hermann Oncken: „Reichstreu ist nur die Linke, bei den Sozialdemokraten aber mit dem Vorbehalt, daß Wilhelm II. fort müsse“<sup>8</sup>. Revolutionäre Experimente kamen für die SPD – gerade in Zeiten der nationalen Not – nicht mehr in Frage.

Der Weg der SPD in die Verantwortung begann im Ersten Weltkrieg, als sie, kurz nachdem sich Anfang April 1917 die USPD von ihr wegen der erneuten Gewährung der Kriegskredite abgespalten hatte, die Zusammenarbeit mit zwei bürgerlichen Parteien, der Fortschrittlichen Volkspartei und dem Zentrum, aufnahm. Alle drei gemeinsam verfügten über die Mehrheit im Reichstag. Das erste Ziel ihrer Zusammenarbeit war die Friedensresolution vom 19. Juli 1917<sup>9</sup>. Von da an blieb die Friedensfrage neben der Forderung nach Parlamentarisierung wichtigster Punkt der gemeinsamen Politik. Daß die Entwicklung dann immer rascher voranging, war vor allem der militärischen Lage Deutschlands zu verdanken. Die Oberste Heeresleitung drängte am 28. September 1918 darauf, einen Waffenstillstand zu schließen und der Reichsregierung angesichts der militärischen Niederlage eilends eine breitere parlamentarische Basis zu schaffen, über die schon verhandelt wurde. Daraufhin

<sup>5</sup> Arthur Rosenberg, S. 17–18, 37.

<sup>6</sup> Siehe dazu Neumann, S. 28, 34, 98–100; Oertzen, S. 57–58; Abendroth, S. 54; Stolberg-Wernigerode, S. 164.

<sup>7</sup> Grebing, S. 3 und 5.

<sup>8</sup> Mommsen, S. 284.

<sup>9</sup> Ursachen, II, S. 37–38.

trat der Reichskanzler, Graf von Hertling, am 30. September 1918 zurück. Drei Tage später wurde Max Prinz von Baden zum Reichskanzler ernannt<sup>10</sup>. Er nahm Vertreter der drei Mehrheitsparteien in sein Kabinett auf. Von der SPD traten der Fraktionsvorsitzende im Reichstag, Philipp Scheidemann, und der zweite Vorsitzende der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, der Reichstagsabgeordnete Gustav Bauer, in das Kabinett ein – zwei spätere Reichskanzler<sup>11</sup>. Scheidemann war Staatssekretär ohne Portefeuille, Bauer Staatssekretär des neu geschaffenen Reichsarbeitsamts.

Diese Beteiligung an einem „total bankrotten Unternehmen“ kam erst nach heftigen Auseinandersetzungen in den Führungsgremien der Partei zustande<sup>12</sup>. Das Mißtrauen gegen die bürgerlichen Parteien war stark, vor allem kamen Zweifel auf, ob man gemeinsam mit ihnen tatsächlich genügend tiefgreifende innenpolitische Veränderungen, vor allem im Regierungsmechanismus, würde herbeiführen können. Mehrfach fiel das Wort von der bösen Erbschaft, die man antrete. Einerseits übernahm man doch eine gewisse Mitverantwortung für die verfehlte Politik der Reichsregierung während des Krieges, eine Mitverantwortung, der man nur entgehen konnte bei radikaler Ablehnung jeder Zusammenarbeit, sofern sich nicht ein vollständiger innen- und außenpolitischer Wandel nach den Vorstellungen der SPD durchführen ließ. Aber dazu reichte die Macht der Partei nicht aus. Andererseits mußte sie damit rechnen, von den Nationalisten und Konservativen in Deutschland als der Schuldige an den unausweichlichen Lasten eines verlustreichen Friedens hingestellt zu werden.

Schließlich siegte doch der Appell an die nationale Verantwortung; der Parteivorsitzende, Friedrich Ebert, und seine Anhänger sahen den Eintritt in die Reichsregierung als eine Pflicht an und als die einzige Möglichkeit, den sozialdemokratischen Vorstellungen Geltung zu verschaffen und einen chaotischen Zusammenbruch zu verhüten. Ebert ging bewußt den Kompromiß ein, der immer mit einer Koalition verbunden ist: Er beschränkte sich auf diejenigen politischen Forderungen, die, vor allem mit Rücksicht auf das Zentrum, durchsetzbar blieben. Diese Entscheidung war mutig, und sie war ausschlaggebend für die Politik der folgenden neun Monate. Fraglich bleibt, ob sie in dieser Form richtig war.

Wesentliche Verfassungsreformen – der praktische Übergang zur Republik vor allem – wurden noch während der Kanzlerschaft Max' von Baden durchgeführt, an welche die Nationalversammlung in Weimar während des Frühjahrs und Sommers 1919 anknüpfen konnte. Im Oktober 1918 entstand auch schon aus der Zu-

---

<sup>10</sup> Siehe dazu Potthoff, S. 319–32.

<sup>11</sup> Ihr offizieller Titel bei der Regierungsbildung war allerdings noch „Reichsministerpräsident“.

<sup>12</sup> Gemeinsame Sitzung von Fraktion und Parteiausschuß der SPD am 23. 9. 1918; Quellen, 3/II, S. 419–60. – Kastnings Interpretation dieser Sitzung ist im Ansatz nicht korrekt, da er zu einseitig Eberts Annahme, eine Reichsregierung mit der SPD habe bessere Aussichten auf einen schnellen Friedensschluß, herausstellt und außerdem Ebert mit Scheidemann verwechselt; vgl. Kastning, S. 8 mit Quellen, 3/II, S. 428.

sammenarbeit der Mehrheitsparteien die Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und aus der Fortschrittspartei, die nach der Neugründung Ende November 1918 Deutsche Demokratische Partei hieß. Diese Koalition blieb sogar während der Regierung des Rats der Volksbeauftragten in ihrem Kern bestehen, denn Vertreter des Zentrums wie der DDP gehörten der Regierung als Staatssekretäre an und tauchten dann auch im Anfang Februar 1919 gebildeten Kabinett Scheidemann wieder auf<sup>13</sup>. Zwei der wichtigsten Persönlichkeiten blieben von Oktober 1918 bis Juni 1919 in führenden Kabinettspositionen: Matthias Erzberger vom Zentrum und Philipp Scheidemann. Die Annäherung zwischen SPD und bürgerlichen Parteien wurde bekräftigt durch eine Vereinbarung vom 15. November 1918 zwischen den Unternahmervverbänden und den Gewerkschaften – beide aus den Vorgegebenheiten der Kriegszeit zu einer Zusammenarbeit findend, die über den taktischen Kalkül hinaus die Sozialpartnerschaft in Deutschland begründete. Beide Partner fürchteten die Unkontrollierbarkeit revolutionärer Entwicklungen unter den Arbeitermassen, und für die Unternehmer bedeutete diese Vereinbarung einen entscheidenden Schritt zur Sicherung ihrer Position. „The industrialists were, in effect, abandoning their long-standing alliance with the Junkers and the authoritarian state for an alliance with organized labor<sup>14</sup>.“ Dieser „Bündniswechsel“ entschied über die innenpolitische Neuordnung nach dem November 1918. Die alten Führungsgruppen profitierten naturgemäß am meisten von der Kontinuität der inneren Entwicklung, die vom ausgehenden Kaiserreich über die Revolution hinweg auch die Grundlage der Republik bildete: „Nicht die Revolution, sondern die der Revolution abgerungene Kontinuität war die Basis der Weimarer Republik<sup>15</sup>.“

Nachdem die Führung der SPD entschieden hatte, sich an der Reichsregierung zu beteiligen und bestehende Verhältnisse zu reformieren, anstatt ihre Umwälzung herbeizuführen, hielt sie an dieser Politik auch in der Periode der revolutionären Auseinandersetzung konsequent fest. Ebert wollte möglichst bald die illegale Zwischenperiode überwinden und zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückkehren. Als er am Mittag des 9. November 1918 Max von Baden aufsuchte und ihn zur Übergabe der Regierungsgewalt aufforderte, da waren beide sich einig, so schnell wie möglich eine Verfassungsgebende Nationalversammlung einzuberufen. Ebert wollte zwar die Dominanz der Sozialdemokraten im Rat der Volksbeauftragten sichern, erklärte aber Max von Baden, „wir haben auch nichts gegen die Aufnahme von Vertretern der bürgerlichen Richtungen“, und sah die Reichsregierung, die schließlich nur von SPD und USPD gebildet wurde, als ausgesprochenes Provisorium an, als „eine Übergangslösung mit der begrenzten Aufgabe, die Zeit bis zur Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung zu überbrücken“<sup>16</sup>.

<sup>13</sup> Neumann, S. 27, betont nachdrücklich die Kontinuität der Vorkriegsparteien in der Weimarer Republik.

<sup>14</sup> Feldman, *Army*, S. 519–33, Zitat: S. 523.

<sup>15</sup> Rürup, S. 5. – Über Zusammensetzung und Wandel deutscher Führungsgruppen siehe: Zapf.

<sup>16</sup> Quellen, 6/I, S. 4, 6, XXIII f.

Ebert setzte große Hoffnungen auf einen überzeugenden Sieg seiner Partei bei den Wahlen zur Nationalversammlung und auf die Nationalversammlung selbst. „Für Ebert begann der neue Staat nicht mit der Revolution, sondern mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung, des ‚höchsten und einzigen Souveräns in Deutschland‘<sup>17</sup>.“ Damit aber verzichtete man auf einschneidende Reformen, die die Nationalversammlung in wichtigen Fragen bereits vor vollendete Tatsachen gestellt und ihr eine ganz andere Ausgangsposition gegeben hätten. Vor allem wäre eine stärkere Demokratisierung der Verwaltung und der gesellschaftlichen Struktur mit Hilfe der Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte, die keineswegs revolutionär war, möglich gewesen. Die SPD hat sich aber anders entschieden und rückte damit immer näher an die überkommenen Gewalten heran.

Zu den verfassungsmäßigen Kontinuitäten der Übergangsperiode gehörte auch das fast unangetastete Fortbestehen wichtiger Machtfaktoren, in erster Linie Verwaltung und Wehrmacht, die infolgedessen eher ein Verhältnis der Gleichberechtigung als eines der strikten Unterordnung zum Rat der Volksbeauftragten und dem Scheidemann-Kabinetten entwickelten. Dieser Vorgang setzte schon am 10. November 1918 ein mit der Verständigung zwischen Ebert und dem Generalquartiermeister Wilhelm Groener, die der Obersten Heeresleitung eine ziemlich uneingeschränkte Eigenstellung sicherte und ihr wachsenden Einfluß verschaffte<sup>18</sup>. Von entscheidender Bedeutung für das Überleben traditioneller gesellschaftlicher und politischer Strukturen war aber, daß die Volksbeauftragten bewußt die untere und mittlere Verwaltung und vor allem die Reichsbürokratie bestehen ließen, auf deren Unterstützung und Mitarbeit sie angewiesen waren, wenn sie das Chaos vermeiden wollten.

Jedoch wurde hierbei zweifellos übertrieben. Die mangelnde Vertrautheit der SPD im Umgang mit der Regierungsgewalt trug dazu bei, ihr Vertrauen auf die Fachleute in der Bürokratie – übrigens auch in der Wirtschaft – und die hohe Auffassung von ihren Kenntnissen und ihrer Unentbehrlichkeit wesentlich zu stärken. Die Volksbeauftragten halfen sich bei den führenden Vertretern, den Staatssekretären, mit der Fiktion, sie seien nur „technische Gehilfen“, unpolitische Fachminister, und glaubten, sich die eigentlich „politischen“ Entscheidungen vorbehalten zu können<sup>19</sup>. Das erwies sich als verhängnisvolle Fehleinschätzung und hatte zur Folge, daß die in der gesamten Verwaltung notwendigen personellen Veränderungen nicht gewagt wurden und auch fast alle jene im Amt blieben, die erklärte Gegner der Republik und der Demokratie waren oder ihr innerlich mit großen Vorbehalten gegenüberstanden. So mußte die SPD nicht nur mit Koalitionspartnern Kompromisse schließen, sondern auch mit dem Heer und der Bürokratie. Im Januar 1919 hat ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates von Frankfurt am Main den entscheidenden Vorgang knapp und präzise zum Ausdruck gebracht: „Die Verwaltungsbeamten sind heute die Nutznießer der Revolution geworden“<sup>20</sup>.

<sup>17</sup> Quellen, 6/I, S. CXXVII. Siehe allgemein den Literaturbericht von Bermbach, S. 445 ff.

<sup>18</sup> Ritter-Miller, S. 91–92.

<sup>19</sup> Quellen, 6/I, S. LIV–LX; 30.

<sup>20</sup> Kolb, S. 364.

Vor allem die hohe Reichsbürokratie wurde zu einem gleichwertigen Machtfaktor neben der Regierung, frei von der strengen Bindung, der sie im halbabsolutistischen Kaiserreich unterworfen war, frei auch von demokratischer Kontrolle. Rudolf Hilferding, führendes Mitglied des rechten Flügels der USPD, stellte am 23. November 1918 fest, daß viele Machtpositionen noch in den Händen der alten Mächte seien; sie stellten sich auf den Boden der neuen Verfassung, „um den Boden unter den Füßen zu haben, von dem aus sie die neue Macht bekämpfen können“<sup>21</sup>. Rürup schrieb: „So geschah schließlich das, was auch die SPD hatte verhindern wollen: bevor die Nationalversammlung überhaupt die Möglichkeit bekam, eine Neuordnung der Verwaltung im Geiste der Demokratie vorzunehmen, hatte sich der Obrigkeitsstaat schon regeneriert“<sup>22</sup>. Es erscheint allerdings zweifelhaft, ob gerade die Nationalversammlung, die im Januar 1919 gewählt wurde, von jener Möglichkeit überhaupt hätte Gebrauch machen wollen. Es kehrten in ihr viele vertraute Gestalten aus dem alten Reichstag wieder, viele Abgeordnete, ja ganze Parteien, die zur parlamentarischen Demokratie nur ein sehr distanziertes Verhältnis hatten<sup>23</sup>.

An dieser nur formal demokratischen Lösung scheiterten die Absichten der SPD. Sie büßte den Vorsprung vom 9. November 1918 sehr schnell wieder ein. Die Gegenkräfte hingegen, dieser Punkt ist von großer Bedeutung, verfügten über erfahrene und leistungsfähige Organisationen, zu denen es die linksstehenden Parteien und Gruppen – ein entscheidender Mangel der Revolution – nicht brachten. Die traditionellen Führungsschichten wußten, wie man effizient handeln konnte. Unter den gegebenen Umständen war die SPD der beste Partner, den sie sich nur wünschen konnten. Sie wurden von ihr nicht in Frage gestellt, sondern sogar noch gegen die linksradikalen Kräfte abgeschirmt, in den Reichsressorts vor allem durch die vom Rat der Volksbeauftragten eingeführten und eigentlich der Kontrolle dienenden Beigeordneten<sup>24</sup>. Da die zentralen Räteinstanzen infolge der Abneigung, welche die SPD ihnen entgegenbrachte, zu einem Schattendasein verurteilt waren, die gesamte Rätebewegung in üblem Ruf stand und unter der die Wirklichkeit verzerrenden Alternative „Nationalversammlung gegen Räteystem“<sup>25</sup> entscheidend geschwächt worden war, konnten Bürokratie und Unternehmer jeden Versuch der Räte, ihre Vorstellungen geltend zu machen, mit der Bezeichnung spartakistischer oder bolschewistischer Umtriebe unterbinden. Damit war aber der Einfluß der SPD entscheidend geschwächt. Das machte sich schon bei der Sozialisierung, die man zurückstellte, vor allem aber in der Außenpolitik und bei den Friedensvorbereitungen geltend. Die Fachleute dominierten, und insbesondere die Konzeptionen

<sup>21</sup> Kolb, S. 160.

<sup>22</sup> Rürup, S. 36.

<sup>23</sup> Ein interessantes Beispiel der Kritik an der Kontinuität der Führung der DDP ohne genügende Berücksichtigung der jüngeren Mitglieder gibt der spätere Botschafter in Washington von Prittwitz und Gaffron in seinen Memoiren, S. 129–32. Allgemein: G. A. Ritter, S. 342–84.

<sup>24</sup> Quellen, 6/I, S. LXI–LXXII.

<sup>25</sup> Quellen, 6/I, S. CXXVIII.

für die finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedens wurden auf Grund der geschilderten Entwicklung in erster Linie von den Sachverständigen der Reichsbürokratie und der Unternehmer erarbeitet, nicht aber von der SPD. Die SPD sah sich gerade in der Reparationsfrage, die für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands entscheidend war, einer geschlossenen Phalanx der Fachkompetenz gegenüber, der sie um so weniger entgegentreten konnte, als sie aus Koalitionsgründen und auf Grund ihrer Abhängigkeit von einer machtvollen Verwaltungsorganisation Rücksichten nehmen mußte. Sie hätte außerdem Mühe gehabt, eine eigene Konzeption zu entwickeln.

## 2. Das Friedensprogramm der SPD unter dem Einfluß der Regierungskoalition

Da die auswärtige Politik und die Friedensvorbereitungen vom Auswärtigen Amt ziemlich selbständig behandelt wurden und gerade in der Reparationsfrage die hohen Beamten in den zuständigen Reichsämtern und die führenden Vertreter der Wirtschaft weitgehend freie Hand hatten, gab es in bezug auf den Einfluß eines sozialdemokratischen Friedensprogramms nur zwei Möglichkeiten. Entweder das Programm wurde der als unbedingt notwendig erachteten Zusammenarbeit mit den Reichsämtern geopfert oder es bestand über die Regelung der Friedensfragen weitgehende Übereinstimmung zwischen den ungleichen Partnern. In jedem anderen Fall wäre es zu Konflikten gekommen, die den Bestand der Koalition gefährdet hätten.

Als in der zweiten Septemberhälfte 1918 unter dem Eindruck der sich abzeichnenden militärischen Niederlage Deutschlands der Frieden und der Eintritt der SPD in die Reichsregierung die wichtigsten Beratungsthemen unter den Parteien wurden, erklärte der Reichstagsabgeordnete Gustav Hoch in einer gemeinsamen Sitzung von Fraktion und Parteiausschuß der SPD, das Stockholmer Memorandum müsse zum offiziellen deutschen Friedensprogramm gemacht werden<sup>26</sup>.

Das Stockholmer Memorandum, am 12. Juni 1917 auf der Sozialistenkonferenz in Stockholm vorgelegt, konnte als Friedensprogramm der SPD gelten. Darin heißt es zunächst allgemein, man habe, ausgehend von der Unentbehrlichkeit der internationalen Verständigung, „dem Vorschlag des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats auf Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage nationaler Selbstbestimmung“ zugestimmt<sup>27</sup>.

Über Kriegsentschädigung und Wiederherstellung enthält die Denkschrift folgende Ausführungen: „Die Aufzwingung einer Kriegsentschädigung ist zu verwerfen. Sie wäre auch nur nach vollständiger Niederschlagung einer der kriegführenden Parteien zu erreichen. Jeder Tag weiteren Kampfes aber erhöht die Summe der

---

<sup>26</sup> Sitzung vom 25. 9. 1918; Quellen, 3/II, S. 431.

<sup>27</sup> Ursachen, II, S. 64.

Opfer an Gut und Blut für beide Teile so gewaltig, daß schon aus diesem Grunde eine Hinauszögerung des Friedens, um Entschädigungen zu erzwingen, nicht zu verantworten wäre. Die ökonomische Versklavung eines Volkes durch das andere würde aber auch einen dauernden Frieden unmöglich machen. – Wiederherstellung: Soweit mit dieser Frage die politische Wiederherstellung, das heißt die Wiederaufrichtung der staatlichen Unabhängigkeit, gemeint ist, beantworten wir sie mit Ja. Ablehnen müssen wir dagegen den Gedanken einer einseitigen Verpflichtung zur Wiederherstellung von Zerstörungen in den vom Kriege betroffenen Gebieten. [...] Eine nachträgliche Feststellung des Ursprungs der einzelnen Zerstörungen und Prüfung auf ihre militärische Berechtigung hin erscheint uns ungemein schwierig. Eine einseitige Schadenersatzpflicht wäre nichts anderes als eine Kriegsentschädigung in verschleiierter Form. Für Staaten, die aus eigener Kraft ihr durch den Krieg zerstörtes Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, kann internationale finanzielle Hilfe auf Grund gegenseitiger Vereinbarung vorgesehen werden.“

In der Sitzung von Reichstagsfraktion und Parteiausschuß der SPD am 23. September 1918 bestand, das zeigte die Debatte, keine einheitliche Auffassung über die Friedensgrundlage. Das Stockholmer Memorandum war immerhin ein Programm, das die SPD zu einer Zeit vorgelegt hatte, als Deutschlands militärische Lage noch gut war. Es war also zweifelhaft, ob diese Vorstellungen noch der veränderten Situation entsprachen. An dieser Frage entzündeten sich die Gegensätze. Grob unterschieden gab es in der SPD-Führung zwei Richtungen: die Desillusionisten, die mit der klaren deutschen Niederlage und einem harten Frieden rechneten, und die hartnäckigen Optimisten, die Deutschland noch für stärker hielten, als es tatsächlich war, von zähem Durchhalten noch etwas erhofften und wie Gustav Noske noch ganz im Machtdenken befangen waren. Als der Reichstagsabgeordnete Max Cohen (Reuß) in der Sitzung vom 23. September 1918 die überwältigende Kriegsmüdigkeit schilderte und von dem Verlangen nach einem „Frieden um jeden Preis“ sprach, hatte er ein Schlagwort in die Debatte geworfen, das die Meinungen noch mehr polarisierte. Ebert und der Reichstagsabgeordnete Otto Landsberg, seit dem 9. November 1918 einer der Volksbeauftragten, lehnten einen Frieden um jeden Preis strikt ab, obwohl er von mehreren Teilnehmern für unvermeidlich gehalten wurde<sup>28</sup>.

Partei- und Fraktionsführung legten sich allerdings zunächst nicht eindeutig fest. Sie waren sich aber darin einig, daß nur die 14 Punkte Wilsons als für Deutschland günstigste Basis in Frage kamen, wenn sie auch durchaus nicht mit allen Punkten einverstanden waren. Damit setzten sie sich gegenüber jenen durch, die an einen derartigen Verständigungsfrieden nicht mehr glaubten. Daß die Vereinigten Staaten eine Schlüsselstellung einnehmen würden, wurde allerdings durchweg anerkannt. Der Schriftsteller und Reichstagsabgeordnete Albert Südekum faßte diese Ansicht treffend zusammen: „Tatsache ist doch, daß heute Nordamerika die erste Violine spielt und daß, wenn die Dinge sich so weiterentwickeln, Amerika als Sieger aus

---

<sup>28</sup> Ursachen, II, 64–65.

diesem Kriege nicht nur über Deutschland und seine Verbündeten, sondern über England und ganz Europa herausgehen würde<sup>29</sup>.“

Eine gewisse Präzisierung der Friedensvorstellungen in der Parteiführung gab Ebert nur in einem für die Frage der Reparationen allerdings wichtigen Punkt: Belgien sollte entschädigt werden<sup>30</sup>. Von der in den 14 Punkten erwähnten Wiederherstellung Nordfrankreichs war nicht die Rede. Diese Auffassung blieb aber nicht unangefochten. Das Mitglied des Parteiausschusses Hermann Beims erklärte: „Die Möglichkeit für Deutschland, aus dem Krieg herauszukommen, ohne die Wilsonschen Bedingungen zu akzeptieren, gibt es überhaupt nicht mehr. [...] Ich glaube [...], die feindlichen Regierungen werden noch weitere Punkte als die Wilsonschen verlangen.“ Cohen ging noch weiter: „England und Amerika fordern heute Unterwerfung. Da können auch wir keinen Verständigungsfrieden schaffen. Die Lage ist ziemlich hoffnungslos.“ Er wurde von dem Mitglied des Parteivorstandes Otto Braun unterstützt: „England und Amerika werden darauf bestehen, nur einen Frieden zu machen, den sie diktieren, einen anderen bekommen wir nicht<sup>31</sup>.“

Noske schätzte die Situation ähnlich ein, rechnete auch mit einem Friedensdiktat, war aber gerade deswegen nicht der Ansicht, daß man jeden Frieden schließen müsse. Etwas ideologisch verbrämt, stand er in der außenpolitischen Taktik noch im Banne der Machtpolitik jener, die bis dahin das Reich geführt hatten. Man glaubt fast die Oberste Heeresleitung zu hören, wenn er sagt, daß zum Pessimismus kein Anlaß bestehe und es töricht sei, die von Deutschen besetzten Gebiete zu räumen. Sie seien ein Faustpfand für die Friedensverhandlungen mit den Imperialisten. Er wußte zwar nicht, wie man den Frieden herbeiführen könnte, forderte aber Mut zur Regierungsverantwortung<sup>32</sup>. Aus dem gleichen Grund, nämlich wegen der Schwierigkeiten, einen erträglichen Frieden herbeizuführen, waren Landsberg und Scheidemann gegen den Eintritt der SPD in die Reichsregierung<sup>33</sup>. Eine starke Minderheit war nämlich der Ansicht, daß die Partei nicht mit der kompromittierten Reichsleitung zusammengehen dürfe. Sie sah eine Friedenschance nur, wenn eine „Friedensregierung“ durch einen überzeugenden und tiefgreifenden inneren Umschwung glaubhaft werde, teilte also nicht den Pessimismus Cohens, Brauns und anderer. Weiterhin erkannte sie das Mißtrauen der gegnerischen Mächte gegen die „Militaristen und Junker“ als berechtigt an und forderte deren Ablösung, um überhaupt zum Frieden zu kommen und die Voraussetzung für den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund zu schaffen. Auch Landsberg erklärte, erst müsse die Autokratie weg, sonst gebe es keinen Verständigungsfrieden. Die Hoffnungen gingen teilweise noch weiter, der Sturz der „Kriegstreiber“ und die radikale Umgestaltung der politischen Einrichtungen in Deutschland sollten den verständigungsbereiten Kräf-

<sup>29</sup> Quellen, 3/II, S. 442–43.

<sup>30</sup> Quellen, 3/II, S. 441.

<sup>31</sup> Quellen, 3/II, S. 432, 435, 452–53.

<sup>32</sup> Quellen, 3/II, S. 434.

<sup>33</sup> Quellen, 3/II, S. 444; siehe auch die Aufzeichnung Scheidemanns über die SPD-Fraktionssitzung vom 2. 10. 1918 in: Ursachen, II, S. 351–52.

ten, vor allem den Sozialisten, in den Entente-Ländern Auftrieb geben. Es war die Illusion einer Verbrüderung des „besseren“ Deutschland mit der „besseren“ Entente als Schlüssel zu einer grundlegenden, auf Verständigung beruhenden Befriedung Europas<sup>34</sup>.

Unter den gegebenen Voraussetzungen sozialdemokratischer Politik wurden nahezu alle möglichen Auffassungen zur Friedensfrage geäußert. Die Uneinheitlichkeit brachte es mit sich, daß Übereinstimmung jeweils nur in einigen Punkten erzielt werden konnte, im übrigen aber die Fronten kreuz und quer verliefen. Diese Verhältnisse ermöglichten es Ebert, nachdrücklich unterstützt vom Reichstagsabgeordneten Eduard David, sein Konzept durchzusetzen. Er vertrat die Ansicht, daß die SPD in der schlimmsten Krise des Reiches nicht abseits stehen dürfe, sondern sich gemeinsam mit den fortschrittlicheren Kräften des Bürgertums an der Regierung beteiligen und um einen annehmbaren Verständigungsfrieden bemühen solle. „Daran dürfen wir keinen Zweifel lassen, [...] daß wir alles, auch das Letzte daransetzen müssen, um die gebotenen Lebensinteressen des Landes und Volkes zu vertreten<sup>35</sup>.“ Das war für Ebert auch eine Frage der nationalen Verantwortung und des Beweises nationaler Zuverlässigkeit seiner Partei. Um die innere Einheit Deutschlands zu wahren und die Koalition mit den bürgerlichen Parteien Wirklichkeit werden zu lassen, gab er Abstriche am Friedensprogramm der SPD zu. „Wenn Sie alles das berücksichtigen, werden Sie sich sagen müssen, wir dürfen den Bogen nicht überspannen und keine Forderungen aufstellen, die undurchführbar sind und die Verhandlungen [um den Eintritt in die Reichsregierung] zum Scheitern bringen<sup>36</sup>.“

Ganz klar kommen diese Intentionen in den Worten Davids zum Ausdruck, die SPD müsse dazu beitragen, die innenpolitischen Friedenshindernisse abzubauen; „gelingt es, so haben wir das historische Verdienst, [...] daß wir es sind, die das Land aus der schweren Situation geführt und die der Welt den Frieden auf Grund der Verständigung gegeben haben“<sup>37</sup>. Darin drückt sich die Hoffnung aus, nicht nur regierungsfähig zu werden, sondern im gleichen Zug zum Retter der Nation und zur unbestrittenen Führungs- und Reformpartei zu werden – Krönung der Evolution, auf die die SPD seit langem gesetzt hatte.

Im Anschluß an die gemeinsame Sitzung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses am 23. September 1918 wurde eine Entschliebung über die Bedingungen für den Eintritt in die Reichsregierung angenommen, worin das Friedensprogramm über das Stockholmer Memorandum nur insofern hinausging, als eine Verständigung über die Entschädigung Belgiens vorgesehen war, und worin im übrigen auf die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 verwiesen wurde. Auf dieser Grundlage formulierte Erzberger am 30. September 1918 das

<sup>34</sup> Quellen, 3/II, S. 435, 444–46, 450–51.

<sup>35</sup> Quellen, 3/II, S. 439.

<sup>36</sup> Quellen, 3/II, S. 441.

<sup>37</sup> Quellen, 3/II, S. 458.

Programm der Mehrheitsparteien<sup>38</sup>. Die Friedenskoalition war geschlossen. Schon beim Entstehen erwies sich ihr Programm außenpolitisch als überholt, weil die Oberste Heeresleitung am 28. September 1918 bereits von der Reichsregierung die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen gefordert hatte. Jetzt, nach dem offiziellen Eingeständnis der Niederlage, blieben als günstigste Basis für Deutschland nur noch die 14 Punkte Wilsons übrig. Sie verlangten zwar mehr von Deutschland als das Programm der Mehrheitsparteien, aber immer noch weit weniger, als bei nüchterner Betrachtung an gegnerischen Forderungen zu erwarten war. Darauf hatten ja führende Sozialdemokraten schon am 23. September 1918 hingewiesen. Diese Skepsis teilte die Reichsregierung allerdings nicht. Sie hielt hartnäckig an der Hoffnung fest, in einigen der Wilsonschen Punkte sogar noch etwas günstiger wegzukommen.

Die SPD-Führung befand sich mitten in einem Prozeß, der im Laufe des Oktobers 1918 zum Abschluß kam und für die spätere Handhabung der Friedensfragen, insbesondere des Reparationsproblems, von entscheidender Bedeutung war. Sie verzichtete in der Regierungskoalition auf die Entwicklung eines eigenen, den neuen Voraussetzungen des verlorenen Krieges angepaßten Friedensprogramms und schloß sich den Vorstellungen an, die von denjenigen, die bis dahin für die deutsche Politik während des Krieges verantwortlich gewesen waren und Einfluß auf sie ausübten, wie die Wirtschaftsführer, im Verein mit den an der Regierung beteiligten bürgerlichen Parteien entwickelt wurden. Auch die führenden Vertreter der SPD widersetzten sich der bitteren Erkenntnis, daß die Zeit für einen Verständigungsfrieden vorbei war und nur noch ein Unterwerfungsfrieden, wie Noske es ganz richtig nannte, ohne an seine Unausweichlichkeit zu glauben, in Frage kam.

Im Verlauf des deutsch-amerikanischen Notenwechsels über den Waffenstillstand<sup>39</sup>, vor allem nach der Note der Regierung der Vereinigten Staaten vom 14. Oktober 1918, in der Deutschlands militärische Ohnmacht als Voraussetzung für die Waffenruhe gefordert wurde, nahmen in der SPD-Reichstagsfraktion die Stimmen derjenigen zu, die eine andere Politik forderten und klar aussprachen, daß Deutschland jede Bedingung werde annehmen müssen. Der Austritt aus der Reichsregierung kam zur Diskussion. In der Sitzung der Reichstagsfraktion vom 17. Oktober 1918 erklärte Hoch, daß Deutschland mit einem Gewaltfrieden rechnen, ihn aber nichtsdestoweniger so schnell wie möglich abschließen müsse, da andernfalls der Feind ins Land komme. „Wir sind fertig und haben keine Rettung, nur noch Rettung dadurch, daß eine andere Politik eingeschlagen wird. Das Programm wird uns diktiert! Dem Besiegten wird die Politik gemacht. [...] Die Frage, ob wir in der Regierung bleiben können oder nicht, das ist die Frage, wie man sich zur Wilson-Note stellt. Da müssen wir feststellen, ob wir die bürgerlichen Parteien dabei noch hinter uns haben<sup>40</sup>.“

Cohen und andere äußerten ähnliche Ansichten. Zwei Punkte waren in ihrer Argu-

<sup>38</sup> Ursachen, II, S. 344–45, 347–49.

<sup>39</sup> Waffenstillstand, I, S. 11–19.

<sup>40</sup> Quellen, 3/II, S. 484.

mentation bemerkenswert. Cohen warnte davor, mit Wilson darüber rechten zu wollen, was ein Verständigungsfrieden sei, ein psychologisch sehr wichtiger Hinweis, der in den folgenden Monaten zum Nachteil Deutschlands völlig mißachtet wurde. Und Max Quarck wies als erster auf die Bedeutung der Wirtschaftsfragen für die Friedensverhandlungen hin. Die wirtschaftliche Lahmlegung Deutschlands müsse verhindert werden; auch Wilson wolle sie nicht. „Er will nur die Bedrohung der Welt beseitigen. Gut: Wir wollen das Nötige im Innern vornehmen; aber wir wollen dann die wirtschaftliche Zukunft haben. Wir müßten hinweisen auf die wirtschaftliche Lahmlegung, wenn Oberschlesien usw. abgeschnitten würde. Wenn die wirtschaftlichen Fragen an die entscheidende Stelle in den Vordergrund gerückt würden, dann würden wir viel hinter uns haben, was uns jetzt noch fernsteht, auch bei den Sozialisten des Auslandes, die uns in den Machtfragen keine Konzession machen werden.“ Cohen stimmte dem zu; niemand widersprach ihm, als er erklärte: „Wilson wird uns weiter leben lassen, damit wir Kriegsentschädigung zahlen können usw. Das ist für die Feinde das Entscheidende<sup>41</sup>.“ Die Auffassung, daß man Deutschland nur militärisch und politisch schwächen, seine Wirtschaftskraft jedoch schon im eigenen Interesse der Sieger erhalten wolle, wurde dann bei den Vorbereitungen auf die Friedensverhandlungen auch von den führenden Vertretern der Wirtschaft zugrunde gelegt. Diese Auffassung deutete die amerikanische Haltung im großen und ganzen richtig, nicht aber die der Entente, und die sollte sich durchsetzen. Deshalb war das eine der folgenschwersten Fehleinschätzungen, denn sie weckte einen falschen Optimismus.

Als die Fraktion am nächsten Tag, dem 18. Oktober 1918, wieder zusammenkam, war die Mehrheit dafür, den Frieden so schnell wie möglich herbeizuführen, auch wenn es ein Frieden der Unterwerfung werden würde. Das hätte den Bruch der Koalition bedeutet. Eine Minderheit um Ebert, Landsberg und David war damit nicht einverstanden und sah die Lage noch nicht als so hoffnungslos an. Für sie stand die Geschlossenheit der Nation auf dem Spiel und sie fühlten sich verpflichtet, die nationale Ehre zu wahren, die es – wie Heinrich Schulz ausrief – auch für einen Sozialdemokraten gab. Südekum betonte ebenfalls den Ehrenpunkt und sprach sich gegen eine Kapitulation aus, denn so könne sich kein Volk behandeln lassen. David und andere hofften auf die sozialistischen Kräfte in der Entente, die es nicht zulassen würden, daß der Friede durch die Schuld der alliierten Imperialisten vereitelt würde<sup>42</sup>. Auch diese Hoffnung blieb wach.

Im Vordergrund der Diskussion ging es zunächst um den Waffenstillstand, dahinter aber stand die Frage, wie man sich zu den Friedensbedingungen stellen sollte, und jeder in der Fraktion sah diese Verknüpfung. Ebert aber behielt die Oberhand. Die SPD hielt an der Koalition fest, infolgedessen auch an der Forderung eines Friedensvertrags, der nicht gegen die nationale Ehre verstoßen und nicht über die 14 Punkte Wilsons – man kann jetzt schon sagen: in deutscher Auslegung – hinausgehen durfte.

---

<sup>41</sup> Quellen, 3/II, S. 485–86.

<sup>42</sup> Quellen, 3/II, S. 492, 496–500.

In den Fraktionsbesprechungen war vielfach gefordert worden, nun mit aller Energie einschneidende innere Reformen und eine durchgreifende Demokratisierung durchzuführen – auch im Hinblick auf die Chance, auf diese Weise vielleicht zu glimpflicheren Friedensbedingungen zu kommen. Diese Hoffnung war zwar vergeblich. Trotzdem aber hätte eine überzeugende, rasche und konsequente innere Umgestaltung sowohl innen- wie außenpolitisch nur Vorteile gebracht. Auch das wurde durch die Koalition erschwert, abgeschwächt und verzögert. Mit einer schnellen und unbezweifelbaren Demokratisierung wäre es u. a. Wilson verwehrt worden, immer wieder das Mißtrauen gegenüber Deutschlands inneren Reformen ins Spiel zu bringen, wenn es ihm in seine von Schwankungen nicht freien Erwägungen paßte<sup>43</sup>.

Gegenüber einem von nationalistischen Gefühlen in allen seinen Schichten erfüllten Volk glaubte die SPD in ihrer neuen Rolle als Regierungspartei zu einem außenpolitischen Erfolg verpflichtet zu sein, zur Herbeiführung eines Verständigungsfriedens, für den sie sich schon eingesetzt hatte, als die Reichsregierung noch, von der Mehrheit des Volkes unterstützt, expansionistischen Zielen nachging. Damals war die SPD nicht gehört worden. Trotzdem hatte sie sich schließlich für die Zusammenarbeit mit einer kaiserlichen Regierung entschieden, die unter dem niederschmetternden Eindruck der militärischen Niederlage nun plötzlich selbst für einen Verständigungsfrieden auf der Basis der 14 Punkte eintrat, wenn auch mit Abstrichen. Und in diesem Moment setzte sich in der SPD nicht die Einsicht durch, daß es inzwischen für einen Verständigungsfrieden zu spät war. Unerwartet stand sie in einer Front mit allen führenden Kräften im Reich, sogar mit der Obersten Heeresleitung, die jetzt gemeinsam einen „Wilsonfrieden“ ohne Sieger und Besiegte wollten. Selbstverständlich stellte sich auch das Auswärtige Amt auf diese Grundlage. Da man sich mit der SPD prinzipiell einig war, hatten die Diplomaten und deren Berater um so mehr freie Hand bei der Vorbereitung der Friedensverhandlungen, als die SPD sich vor Eingriffen in die Domänen der Fachleute scheute. Die Zusammenarbeit der ungleichen Partner war besonders eng in dem Bemühen, den Erwerb von Lebensmitteln aus den Vereinigten Staaten gegen die Entente durchzusetzen<sup>44</sup>, um durch bessere Versorgung auch die innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland zu stabilisieren. Und sie blieb eng bei der späteren Erarbeitung der Richtlinien für die deutschen Friedensunterhändler, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete.

Die unumgänglich notwendige Abgrenzung der SPD von den überkommenen Führungsschichten in der Friedensfrage unterblieb, weil sie an der Koalition festhalten wollte. Die Friedenspolitik wurde der Innenpolitik untergeordnet. Indem man diejenigen, die für die Kriegführung und die Niederlage verantwortlich waren, beim Waffenstillstand nicht allein ließ, verzichtete man auf ihre schonungslose Bloßstellung. Nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags trat neben die er-

<sup>43</sup> Darüber eingehend: Schwabe, S. 105–95. Auch Renouvin ist der Ansicht, daß eine überzeugende Veränderung der inneren Verhältnisse vorteilhaft gewesen wäre; Renouvin, S. 116–18.

<sup>44</sup> Schwabe, S. 231–42.

regten Debatten um die Schuld am Krieg die verhängnisvolle und die Republik untergrabende Auseinandersetzung um eine Schuld am Frieden, die der „Weimarer Koalition“ zur Last gelegt wurde.

### 3. Der Waffenstillstand

Unter dem Druck der Obersten Heeresleitung auf Abschluß eines Waffenstillstands akzeptierte die Reichsregierung als einzig verbleibende Grundlage eines die gegnerischen Forderungen in Grenzen haltenden Friedensvertrags die Friedensgrundsätze des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson. Kernstück dieser Grundsätze waren die am 8. Januar 1918 verkündeten 14 Punkte, die in bezug auf die Wiedergutmachung von Kriegsschäden folgende Forderungen enthielten: „Belgien muß, wie die ganze Welt übereinstimmen wird, geräumt und wiederhergestellt werden“ (Punkt 7), „alles französische Gebiet sollte befreit und das besetzte Gebiet wiederhergestellt werden“ (Punkt 8), „Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt werden; besetzte Gebiete sollten wiederhergestellt werden“ (Punkt 11). Diese drei Punkte gehören zu denjenigen unter den im übrigen recht allgemein und vage formulierten Verlautbarungen Wilsons, die verhältnismäßig konkret gefaßt waren und die deutsche Wiedergutmachungspflicht klar umgrenzten. Die Begrenzung wurde in Form einer allgemeinen Richtlinie, die Wilson in seiner Kongreßrede vom 11. Februar 1918 als Grundlage seines Friedensprogramms verkündete, bekräftigt. Er sagte, es solle in einem künftigen Frieden weder Annexionen noch Kriegsentschädigungen oder strafweisen Schadensersatz geben<sup>45</sup>.

In der ersten Sitzung des Kabinetts unter dem neuen Reichskanzler Max von Baden am 3. Oktober 1918 wurde die endgültige Formulierung des deutschen Waffenstillstandsgesuchs besprochen<sup>46</sup>. Es sollte noch am selben Abend abgeschickt werden. Einig waren sich die Kabinettsmitglieder unter dem maßgebenden Einfluß des Auswärtigen Amts<sup>47</sup> darin, daß Wilsons Friedensprogramm die einzige Alternative zur Kapitulation auf Gnade und Ungnade bot. Infolgedessen entschied man sich, auch hierin den Vorschlägen des Auswärtigen Amts folgend, dafür, die Note an Wilson und nicht an alle Kriegsgegner zu richten. Zu Auseinandersetzungen kam es allerdings über die Frage, ob man das Wilsonprogramm als „Ausgangspunkt“ oder „Grundlage“ der Friedensverhandlungen bezeichnen sollte. Am Ende entschloß man sich für die letztere Formulierung, die Auseinandersetzung machte aber deutlich, daß schon von vornherein einige der 14 Punkte auf deutscher Seite nicht in vollem Umfang akzeptiert wurden. Vor allem Erzberger, Scheidemann und der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Admiral Paul von Hintze, der am 4. Oktober

---

<sup>45</sup> Waffenstillstand, Bd. I, S. 4–5; Rede vom 11. 2. 1918 in: Wilson, S. 229. – Schon Keynes fiel auf, daß bei Wilson keine Rede von Entschädigungen für Italien war; Keynes, Folgen, S. 92.

<sup>46</sup> Quellen, 2, S. 65–68.

<sup>47</sup> Ritter, S. 417–22; Schwabe, S. 95–105.

1918 durch den Staatssekretär des Reichskolonialamts, Wilhelm Solf<sup>48</sup>, abgelöst wurde, forderten die Vermeidung jeder Zweideutigkeit in der deutschen Note<sup>49</sup>. Damit war die Formulierung klar, die Vorbehalte blieben aber bestehen und kamen später in der Suche nach der für Deutschland günstigsten Interpretation der 14 Punkte immer wieder zum Ausdruck. Selbst im Auswärtigen Amt, das sich nachdrücklich für die Verpflichtung der Reichsregierung auf die 14 Punkte als Friedensgrundlage eingesetzt hatte, dauerte es einige Zeit, bis sich die Wilsonschen Friedensvorstellungen in den Anweisungen für die Friedensvorbereitung niederschlugen. Am 13. Oktober 1918 noch erklärte Solf das außenpolitisch seit 10 Tagen überholte Programm der Mehrheitsparteien zur Arbeitsrichtlinie seiner Behörde<sup>50</sup>. Erst in einer Zirkularverfügung „an die Herren Unterstaatssekretäre und Direktoren“ im Auswärtigen Amt vom 8. November 1918 entschied Solf, daß die bis dahin getroffenen Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen unter den neuen Umständen unnütz seien, da man sich früher auf einen „siegreichen oder Status-quo-ante-Frieden eingestellt“ habe. Das Material solle nun auf der Grundlage der Wilson-Punkte neu erarbeitet werden<sup>51</sup>.

Im Oktober 1918 zögerten die Regierungsmitglieder mit der vorbehaltlosen Anerkennung der 14 Punkte, vor allem wegen der Abtretung deutscher Gebiete an Polen und Elsaß-Lothringens an Frankreich. Wann immer jedoch in den Kabinettsitzungen über Einschränkungen der 14 Punkte gesprochen und sogar spitzfindige Unterscheidungen zwischen Grundlage des Friedensvertrags und Grundlage nur der Friedensverhandlungen versucht wurden, war niemals von Kriegsentschädigung die Rede<sup>52</sup>. Außerhalb der Reichsregierung aber wies Walther Rathenau, Präsident der AEG und einer der einflußreichsten Industriellen in den Führungsschichten der Wilhelminischen Ära, vernehmlich auf die Gefahren hin, die aus den Wiedergutmachungsverpflichtungen erwachsen könnten. Er hielt das Waffenstillstandsgesuch für verfrüht und schrieb am 6. November 1918 in der „Vossischen Zeitung“, Wilson hätte zunächst gefragt werden sollen, was er unter der Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs verstehe. Sie könne „auf eine verhüllte Kriegsentschädigung in der Größenordnung von fünfzig Milliarden hinauslaufen“<sup>53</sup>.

<sup>48</sup> Über Solf siehe Vietsch, Wilhelm Solf. Die beiden Kapitel über Solfs Tätigkeit als Staatssekretär des Auswärtigen Amts (S. 194–222) bringen über die deutschen Friedensvorbereitungen nichts Wesentliches, ebensowenig über die eigentliche Führung der Geschäfte durch Solf.

<sup>49</sup> Quellen, 2, S. 49–50, 67.

<sup>50</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amts in Bonn (abgekürzt: PA), Abt. I A, Deutschland 137 geheim, Bd. 8.

<sup>51</sup> PA, Weltkrieg (abgekürzt: WK) 30, Bd. 1 (4069/D 917 037). Soweit die Akten verfilmt sind, gebe ich zusätzlich zum Fundort die Filmserien-Nummer und die Nummer des verfilmten Aktenblatts (z.B. 4069/D 917 037) an. Siehe dazu: A catalogue of files and microfilms of the German Foreign Ministry Archives, 1867–1920; und: A catalog of files and microfilms of the German Foreign Ministry Archives, 1920–1945.

<sup>52</sup> So am 11. und 12. 10. 1918; Quellen, 2, S. 66–67, 137–47.

<sup>53</sup> Ursachen, II, S. 381–82. – Zur Ideenwelt und Persönlichkeit Rathenaus allgemein siehe: Berglar.

Die Beunruhigung über die Wiedergutmachung nahm jedoch erst nach der Note Wilsons vom 14. Oktober 1918 zu, in der praktisch die militärische Ohnmacht Deutschlands zur Vorbedingung für den Abschluß eines Waffenstillstands gemacht wurde. Solf sagte über die Note, so spreche ein Mann, der keinen Rechtsfrieden, sondern Deutschlands Vernichtung wolle. Sachlich sei der wichtigste Punkt, daß es nur von der Willkür feindlicher Befehlshaber abhängen, ob und wann es zur Waffenruhe komme<sup>54</sup>. Damit sagte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eigentlich genug über das Ausmaß der deutschen Niederlage und die wirtschaftlichen und territorialen Opfer, auf die man sich gefaßt machen mußte. Vor der Einsicht in alle Folgen dieser Niederlage schreckte man jedoch zurück. Es brach eine Stunde der Wahrheit an und sie zeigte ziemlich genau, wie weit die führenden deutschen Politiker bereit waren, das Wilson-Programm voll anzuerkennen und für die Folgen einzustehen. Führende Sozialdemokraten waren einer verzweifelten Stimmung nahe, sahen für Deutschland kaum noch Hoffnung und äußerten unverblümt ihre Enttäuschung und Abneigung gegenüber Wilson – er sei ein „Agent des amerikanischen Großkapitals“, ein „elender Demagoge und grundverlogener Heuchler“ und ein Imperialist. Landsberg sah am schärfsten, daß einer Volksregierung ebenso schwere Bedingungen auferlegt würden wie einer halbabsolutistischen kaiserlichen Regierung<sup>55</sup>. Die Enttäuschung bei der SPD ging um so tiefer, als Wilson ihr die Hoffnung auf eine neue schöne Welt der Völkerverständigung auf der Grundlage eines Friedens ohne Sieger und Besiegte nahm. Es lag etwas von empörter Unschuld in der Haltung der SPD. Sie zog aber trotzdem den Schluß, daß man sich dem Spruch Wilsons unterwerfen müsse, um noch Schlimmeres zu verhüten, da Deutschland völlig am Ende sei.

Die Mitglieder der Reichsregierung reagierten durchaus nicht alle so. Der Vizekanzler Friedrich von Payer von der Fortschrittlichen Volkspartei neigte nun wieder dem militärischen Durchhalten zu und erklärte im Kabinett, daß „wir als Nation, vor allem auch wirtschaftlich, zugrunde gerichtet werden sollen“. Dem Volke solle man sagen, mit Durchhalten bessere man die Situation, sonst müsse es damit rechnen, „daß Deutschland [...] halb und halb aus dem Kreise der Nationen ausgestrichen wird. Ihr müßt mit einer Belastung durch Entschädigung rechnen, die uns erdrücken wird“. Dann könne man das Volk noch einmal hoch bekommen<sup>56</sup>. Hiermit wurde plötzlich die Entschädigungsfrage in den Mittelpunkt gerückt. Der beabsichtigte propagandistische Effekt war aber ganz offensichtlich. Denn die Entschädigungsfrage und die damit zusammenhängende wirtschaftliche Problematik wurden im Kabinett überhaupt nicht weiter diskutiert. Payer hatte den für den Durchschnittsbürger kritischsten Punkt erkannt, die in Form von erhöhten Steuern für jeden fühlbare Belastung der Kriegsentschädigung. Es ging nur um den pro-

---

<sup>54</sup> Quellen, 2, S. 212.

<sup>55</sup> Quellen, 2, S. 267; Quellen, 3/II, S. 486–87, 498–501.

<sup>56</sup> Quellen, 2, S. 370, 373.

pagandistischen Ertrag. Eine klare Information der Bevölkerung über die deutsche Ohnmacht und die Problematik der Kriegsentschädigung unterblieb<sup>57</sup>.

Die Äußerungen Payers unterschieden sich im Grunde nicht von denen der Konservativen Partei, deren Vorstand feststellte, „das ganze deutsche Volk und mit ihm alle konservativen Kreise“ seien „durchdrungen von dem sehnlichsten Wunsche“ nach Frieden; nach der Note Wilsons vom 14. Oktober 1918 jedoch gebe es keine Wahl: „Der Entscheidungskampf der Waffen muß bis zum Ende weitergeführt werden.“ Wilson fordere Kapitulation, um Deutschland „dann den Frieden der vollen Unterwerfung mit Abtretung von Elsaß-Lothringen und von Teilen der Ostmark und Übernahme vernichtender Kriegsentschädigungen auf[z]u[er]legen. [...] Auf Menschenalter hinaus wird jeder deutsche Bürger und Bauer, wird jeder Besitzer und Unternehmer, wird vor allen Dingen aber jeder Angestellte und Arbeiter in Stadt und Land zum Lohnsklaven unserer Feinde werden“<sup>58</sup>. Die Formulierung vom deutschen Lohnsklaven gehörte bald zum ständigen Repertoire nationalistischer Bemühungen, das Volk mit den komplizierten finanziellen und wirtschaftlichen Problemen der Reparation vertraut zu machen. In einer Eingabe der Reichstagsfraktion der Konservativen vom 29. Oktober 1918 an Max von Baden wurde dann auch das andere, häufig gebrauchte Reparationsschlagwort der wirtschaftlichen und finanziellen Erdrosselung Deutschlands verwendet<sup>59</sup>. Die Erregung griff aber auch auf die liberale „Frankfurter Zeitung“ über, die am 17. Oktober 1918 die Entente davor warnte, Deutschland „für Generationen in eine Schuldknechtschaft“ zu stürzen, „die uns zu Arbeitssklaven der anderen Welt machen würde“<sup>60</sup>. Mit größerem Wirklichkeitssinn und der für ihn charakteristischen Phantasie, sich den möglichen weiteren Verlauf der Dinge vorstellen zu können, behandelte Stresemann die Kriegsentschädigung. Er schrieb am 26. Oktober 1918, man müsse vor allem Gewißheit über die gegnerischen Friedensziele haben und das Maximum kennen, über das man unter keinen Umständen hinausgehen dürfe. „Schon jetzt bieten meiner Meinung nach Wilsons 14 Punkte die Möglichkeit des Verlustes von Elsaß-Lothringen, Oberschlesien, Posen und Teilen von Westpreußen, dazu eine nach oben gar nicht limitierte Summe von Entschädigungen, die man sehr leicht in eine Kriegsentschädigung umwandeln kann, auch wenn sie anders frisiert ist. Mit dem Verlust der Eisenwerke in Elsaß-Lothringen und der Kohlengruben in Oberschlesien sind die Herzadern unserer Wirtschaft getroffen. Kommt zu diesem

<sup>57</sup> Das geschah offensichtlich ganz bewußt. Am 20. 10. 1918 protestierte der württembergische Ministerpräsident Freiherr von Weizsäcker dagegen im Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten: „Eine Rücksichtnahme auf die Stimmung in Deutschland halte ich für verfehlt, daß die Bevölkerung die Situation immer noch nicht ganz versteht, ist erklärlich, weil der schwer zu verantwortende Fehler gemacht worden ist, die Öffentlichkeit nicht rechtzeitig aufzuklären. Man darf sich auf keinen Fall dem Vorwurf aussetzen, den letzten Moment, zum Frieden zu kommen, versäumt zu haben.“ Siehe Deuerlein, S. 321.

<sup>58</sup> Ursachen, II, S. 398–99.

<sup>59</sup> Ursachen, II, S. 447.

<sup>60</sup> Der große Krieg, S. 9816.

noch eine Kriegsentschädigung von einem vielleicht zehnfachen von Milliarden hinzu, so sind wir auf das nächste Jahrhundert gelähmt<sup>61</sup>.“ Stresemann verlangte also eine klare deutsche Konzeption für die Friedensverhandlungen, die zur Voraussetzung hatte, daß man sich über die Möglichkeit weitgehender Interpretation der 14 Punkte durch die Entente, wodurch vor allem bezüglich der Reparationen die Wilsonschen Punkte in ihr Gegenteil verkehrt werden konnten, im klaren sein mußte. Die Forderungen konnten sich bei den Friedensverhandlungen sogar noch erhöhen. Deshalb verlangte er als erstes, daß die Reichsregierung zugleich mit der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen wenigstens die Anerkennung der 14 Punkte auch durch die Verbündeten der Vereinigten Staaten erhalten müsse. Dies war tatsächlich von entscheidender Bedeutung und der einzige diplomatische Erfolg, den die Reichsregierung erringen konnte und auch errang – allerdings mit der schwerwiegenden Einschränkung, daß gerade hinsichtlich der Wiedergutmachung eine Ausweitung der Verpflichtung aus den 14 Punkten erfolgte.

Die Reichsregierung war aber von einer solchen umfassenden Behandlung der Entschädigungsfrage noch weit entfernt. Man war sich nicht einmal darüber einig, ob man mit Wilsons Hilfe noch einen „guten Waffenstillstand und guten Frieden“ – so Solf<sup>62</sup> – erhoffen konnte oder nicht. Erörterungen über die Höhe der Wiedergutmachung und ihre Bezahlung fanden nicht statt. Nur ein spezieller Punkt wurde diskutiert, der allerdings im Hinblick auf die spätere Verknüpfung von Reparationen und Kriegsschuldfrage bedeutsam ist. Schon in der Kabinettsitzung vom 16. Oktober 1918 hatte Scheidemann auf den verhängnisvollen Eindruck hingewiesen, den die planmäßigen Zerstörungen beim Rückzug im Westen machten. „Es werde beim Rückzug grundsätzlich verwüstet. Die deutschen Truppen hausen jetzt in Frankreich wie früher die Russen in Ostpreußen. [. . .] Nach Angaben des Abgeordneten Meerfeld werden die Erzgruben in Longwy und Briey systematisch vernichtet<sup>63</sup>.“ Andere stimmten Scheidemann zu; später beschwerte sich auch Erzberger darüber<sup>64</sup>. Angesichts dieser Tatsachen kamen dem Kabinett Bedenken, eine neutrale Kommission zur Untersuchung angeblicher Greuel beim deutschen Rückzug im Westen zu beantragen, wie man ursprünglich beabsichtigt hatte. Vor allem Solf war dagegen. Er berief sich „auf Geheimrat Kriege von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, der erklärt hatte: Wenn wir diese Untersuchung fordern, dann bekommen wir die ganzen Kriegsschäden aufgebrummt<sup>65</sup>“. Trotz dieser Einsicht wurde in die deutsche Note vom 20. Oktober 1918 der Vorschlag aufgenommen, eine neutrale Kommission einzusetzen, die das angeblich völkerrechtswidrige Verhalten der deut-

<sup>61</sup> Quellen, 2, S. 383.

<sup>62</sup> Quellen, 2, S. 334. Erzberger glaubte, nach einem schlechten Waffenstillstand könne noch ein guter Frieden kommen, während Staatssekretär Haußmann ganz im Gegenteil der Ansicht war, daß ein schlechter Waffenstillstand auch einen schlechten Frieden zur Folge haben werde (Quellen, 2, S. 372, 376).

<sup>63</sup> Quellen, 2, S. 207.

<sup>64</sup> Quellen, 2, S. 208, 415–16.

<sup>65</sup> Quellen, 2, S. 273, Anm. 6.

schen Streitkräfte insgesamt untersuchen sollte. Dem Zusammenhang zwischen völkerrechtswidrigem Verhalten und Wiedergutmachungsverpflichtung ging das Kabinett nicht weiter nach, aber der Gedanke blieb lebendig und spielte später eine entscheidende Rolle in der deutschen Einstellung zum Reparationsproblem.

In der Endphase des Notenaustauschs zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung, als Ende Oktober allen Beteiligten ziemlich klar geworden war, daß der Waffenstillstand einer Kapitulation sehr nahe kam, meldete sich in dem Streit um Annahme oder Ablehnung der Bedingungen eine einflußreiche Gruppe vernehmlich zu Wort, deren Existenz von den bevorstehenden innen- und außenpolitischen Entscheidungen abhängen konnte: die Unternehmer.

Innenpolitisch waren sie bedroht, falls es zu einer sozialistischen Revolution kommen sollte, eine Möglichkeit, die nicht mehr auszuschließen war. Von außen drohte den Unternehmern die Verwüstung der Industriegebiete im Westen, falls der Krieg sich noch länger hinzog, und die Belastung der Wirtschaft mit wachsenden Forderungen nach Kriegsentschädigung, je schwächer die Position Deutschlands wurde.

In dieser prekären Situation unternahmen die Industriellen drei Schritte und griffen damit nachhaltig in die deutsche Entwicklung der kommenden Monate ein. Erstens nahmen sie Verhandlungen mit den Gewerkschaften auf, die eine revolutionärer Entwicklung vorbauende Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Betriebsleitung ermöglichen sollten und schließlich zu dem bereits erwähnten Abkommen über die Zentralarbeitsgemeinschaft vom 15. November 1918 führten<sup>66</sup>. Zweitens machten die Unternehmer mehrere nachhaltige Vorstöße zur unverzüglichen Beendigung des Krieges, bevor der Gegner die deutschen Grenzen überschreite. Obwohl viele von ihnen den expansionistischen Nationalisten und den Konservativen nahestanden, die für einen Endkampf bis zum äußersten eintraten<sup>67</sup>, trennten sich hier die Wege. Wenn es zur letzten Probe kam, gab eben doch die wirtschaftliche Überlegung den Ausschlag, und man begann, sich mit den neuen politischen Kräften der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu arrangieren in der zutreffenden Erkenntnis, daß in ihrer gegen jeden Umsturz gerichteten Haltung die beste Gewähr für die kapitalistische Wirtschaftsstruktur gefunden war. Noske berichtete am 25. Oktober 1918 der Reichstagsfraktion der SPD über eine vertrauliche Konferenz mit Vertretern der „Hochfinanz und der Schwerindustrie“, die erklärt hätten, sie seien der feindlichen Industrie nicht mehr gewachsen und würden durch die „nationale Verteidigung“ in katastrophaler Weise geschwächt. Es bestünde dann keine Aussicht, die Arbeiter bald wieder zu beschäftigen und halbwegs zu ernähren. Diese Argumente wirkten bei der Furcht vor Chaos und bolschewistischem Umsturz mit zwingender Überzeugung auf die SPD, und Noske betonte, auf dieser Konferenz sei beschlossen worden, alles daranzusetzen, daß eine gründliche Demokratisierung

---

<sup>66</sup> Siehe Seite 18. Über die Einzelheiten siehe: Richter, S. 237–43; Feldman, *Army*, S. 519–33.

<sup>67</sup> Ursachen, II, S. 391–92, 398–99, 425–26, 446–49.

stattfinde<sup>68</sup>. Damit war man nicht nur den Befürchtungen, sondern auch den innenpolitischen Zielen der SPD entgegengekommen.

Kurz darauf offenbarte sich ein weiterer Punkt der Übereinstimmung zwischen der SPD und den führenden Vertretern der Wirtschaft. Beide verlangten die Abdankung des Kaisers, da er ein Hindernis für einen schnellen Frieden sei. Arnold Drews, der preußische Innenminister, hielt Wilhelm II. am 1. November 1918 darüber Vortrag und berichtete, „gerade in den letzten Tagen sei die Bewegung, welche die Abdankung als ein von der freien Entschließung des Kaisers dem Wohle des Vaterlandes gebrachtes Opfer erwarte, tief in die Kreise der Schwerindustrie, des Großhandels und der Hochfinanz eingedrungen“. Dazu fand der Staatssekretär des Kriegs-ernährungsamts, Wilhelm von Waldow, in der Kabinettsitzung vom 2. November 1918 die richtigen Worte, als er erklärte, dies sei die „größte Treu- und Schamlosigkeit“, denn die Schwerindustrie hätte den Kaiser früher zu einem Gewaltfrieden gedrängt<sup>69</sup>.

Drittens schließlich suchten die Unternehmer sich gegen die kommenden Gefahren zu wappnen, indem sie eigene Pläne für das größte binnenwirtschaftliche Problem überhaupt, die Demobilmachung, vorlegten und mit beträchtlichem Druck auf die Reichsregierung durchsetzten. Sie verlangten ein eigenes Demobilmachungsamt, das Rathenau sogar als „Trägerin des gesamtdeutschen Schicksals“<sup>70</sup> apostrophierte, und sie traten dabei, Hugo Stinnes und Walther Rathenau an ihrer Spitze, schon gemeinsam mit den Gewerkschaftsführern Legien und Stegerwald auf. Die neue Behörde sollte unabhängig vom Reichswirtschaftsamt bestehen, ihr Leiter ein „Ludendorff“ mit absoluter Gewalt sein. Sie sollte die uneingeschränkte Verfügung über die Umstellung auf die Friedensproduktion, die Wiedereingliederung der heimkehrenden Soldaten und Kriegsgefangenen in den Wirtschaftsprozess und die Verteilung von Aufträgen und Rohstoffen in der Hand haben. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände schlugen Oberstleutnant Joseph Koeth, den Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium, für diesen Posten vor. Er hatte schon während des Krieges eng mit ihnen zusammengearbeitet, und einige Unternehmer taten in seiner Abteilung Dienst. Im Kriegskabinett wurde am 8. November 1918 nach einigem Widerspruch die Ernennung Koeths beschlossen, der Rat der Volksbeauftragten vollzog sie dann am 10. November – ein erneutes kleines Beispiel der Kontinuität<sup>71</sup>. Für die Unternehmer war dieser Erfolg von unschätzbarem Wert, ein wesentlicher Beitrag zur Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur, denn ohne das Demobilmachungsamt wären chaotische Zustände bei der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft und bei der Wiedereinglie-

<sup>68</sup> Quellen, 3/II, S. 506–07.

<sup>69</sup> Quellen, 2, S. 439, 461, 470, 499.

<sup>70</sup> Richter, S. 226.

<sup>71</sup> Quellen, 2, S. 569, 586–88; Quellen, 6/I, S. 27; Richter, S. 223–36, der vor allem die Bedeutung der wirtschaftlichen Demobilmachung für das Fortbestehen des Kapitalismus hervorhebt; Feldman, *Army*, S. 521–31; Feldman, *Business*, S. 312–41. Siehe auch: Koeth, S. 163–68.

derung der Massen des Feldheeres unvermeidlich gewesen. Sie hätten durchaus eine revolutionäre Situation schaffen können.

Inzwischen erwartete die Reichsregierung in wachsender Unruhe die endgültige Entscheidung der gegnerischen Koalition darüber, ob es zu Waffenstillstandsverhandlungen kommen sollte oder nicht. Sie war schon bereit, die Kapitulation anzubieten, als die erlösende letzte amerikanische Note vom 5. November 1918, die sogenannte Lansing-Note, in Berlin eintraf<sup>72</sup>. Foch erwartete die deutsche Delegation, um ihr die Waffenstillstandsbedingungen vorzulegen. Das Wichtigste aber war, daß Wilson sich durchgesetzt hatte und seine Verbündeten das von ihm entwickelte Friedensprogramm anerkannten, allerdings mit zwei bedeutungsvollen Einschränkungen. Die eine bezog sich auf die Freiheit der Meere, die andere auf die Reparationen. Die Lansing-Note enthielt ein Memorandum der Alliierten, in dem bezüglich der Reparationen festgestellt wurde: „Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt, sondern auch wiederhergestellt werden müßten. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen dadurch, daß Deutschland für alle durch seine Angriffe zu Wasser und zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schäden Ersatz leisten soll.“ Lansing fügte dem hinzu: „Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teil des Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden ist<sup>73</sup>.“

Das war eine klare Ausweitung der deutschen Wiedergutmachungspflicht über das in den 14 Punkten Gesagte hinaus. Aus diesem Grunde schon zeigt die erwähnte Zirkularverfügung Solfs vom 8. November 1918 bei der Abgrenzung des Rahmens, innerhalb dessen Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen erfolgen sollten, einen wenig realistischen und zu einseitig auf die Haltung der Vereinigten Staaten ausgerichteten Charakter. Zumindest für die Reparationen konnten die 14 Punkte nicht mehr als Grundlage des Friedensvertrags gelten. Nach der Verfügung vom 13. Oktober 1918, der noch das Programm der Mehrheitsparteien zugrunde lag, war dies das zweite Mal, daß die Entscheidungen des Auswärtigen Amts von der Entwicklung überholt wurden<sup>74</sup>. Das blieb in den folgenden Monaten, gerade für die Reparationsfrage, kennzeichnend. Aber auch Erzberger gab den Feststellungen in der Lansing-Note, wie spätere Äußerungen beweisen, eine sehr enge Auslegung und betonte, daß die Wiedergutmachungspflicht auf die besetzten Gebiete beschränkt sei und Entschädigungen für Verluste infolge des deutschen Unterseebootkriegs abgelehnt werden müßten<sup>75</sup>. Daran hielt er in den kommenden Monaten fest, obwohl gerade die Einbeziehung dieser Schäden maßgebend für die Formulierungen der Alliierten gewesen war.

<sup>72</sup> Quellen, 2, S. 551–58.

<sup>73</sup> Waffenstillstand, Bd. I, S. 18–19.

<sup>74</sup> Siehe S. 29.

<sup>75</sup> Siehe u. a. seine Stellungnahme in einer Sitzung im Reichsschatzamt am 4. 1. 1919; PA, WK 30, Bd. 14 (4069/D 920 321–23).

Die Entscheidung Solfs, sich nun ganz auf die Vereinigten Staaten zu konzentrieren – Anfang Oktober 1918 war das noch anders gewesen<sup>76</sup> –, entsprach der letzten Hoffnung, daß nur Wilson noch imstande sei, Deutschland vor vernichtenden Friedensbedingungen zu retten, und sie war sehr unterstützt worden durch ein abgefangenes amerikanisches Telegramm<sup>77</sup>. Es wurde in zwei Teilen am 31. Oktober und 2. November 1918 vom Großen Hauptquartier dem Auswärtigen Amt übermittelt und enthielt den Text jenes Kommentars der Wilsonschen 14 Punkte, den der Sonderbeauftragte des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Oberst House, der sich zu Besprechungen über eine gemeinsame Haltung der Alliierten angesichts des deutschen Waffenstillstandsgesuchs in Paris aufhielt, hatte ausarbeiten und am 29. Oktober 1918 nach Washington telegraphieren lassen. Wilson billigte den Kommentar, wenn er sich auch die Anwendung der Grundsätze im einzelnen vorbehielt und seine Zustimmung den Deutschen nicht bekannt wurde. Mit der Kenntnis der Interpretation der 14 Punkte erhielt die Reichsregierung aber die ersten präzisen Anhaltspunkte für eine Schätzung der Summen, die sie an Reparationen würde zahlen müssen, und dies festigte ihre Ansicht, daß ein Friede auf der Grundlage der 14 Punkte mit allen Kräften und mit Aussicht auf Erfolg anzustreben sei. Der siebente der 14 Punkte wurde in dem Kommentar folgendermaßen erläutert: „Das einzige Problem in diesem Zusammenhang ist das Wort ‚wiederhergestellt‘. Ob diese Wiederherstellung durch Sachlieferungen erfolgt oder wie die Entschädigungssumme festgesetzt wird, ist eine Detail- keine Grundsatzfrage. Der Grundsatz, den es hier aufzustellen gilt, besagt, daß es im Falle Belgiens keinen Unterschied zwischen ‚rechtmäßigen‘ und ‚unrechtmäßigen‘ Zerstörungen gibt. Die Anfangshandlung der Invasion war unrechtmäßig, daher auch alle Folgen dieser Handlung. Unter die Folgen kann auch die Kriegsschuld Belgiens [i. e. die während des Krieges aufgenommenen Anleihen] eingereiht werden [...]“. Zu Punkt 8 (Frankreich) wurde gesagt: „Was die Rückgabe des französischen Gebietes betrifft, so könnte man sicher einwenden, daß die Invasion Nordfrankreichs, als Ergebnis der unrechtmäßigen Handlungen gegenüber Belgien, selbst unrechtmäßig war. Doch ist diese Argumentation nicht völlig stichhaltig. In der Welt des Jahres 1914 war ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland an sich keine Verletzung des Völkerrechts, und der Fall Belgien sollte unbedingt getrennt und symbolisch behandelt werden. So könnte Belgien (wie bereits oben angedeutet) Entschädigungen nicht nur für die Zerstörungen, sondern auch für die Kriegskosten verlangen. Frankreich scheint nur Zahlungen für jene Schäden verlangen zu können, die dem Land in seinen Departements im Nordosten entstanden sind.“ Von Wiedergutmachung an Rumänien, Serbien und Montenegro (Punkt 11) war im Kommentar keine Rede.

<sup>76</sup> Quellen, 2, S. 66.

<sup>77</sup> PA, WK 30, Bd. 1 (4069/D 916 999–7019); Seymour, S. 157 und 198–209; Czernin, S. 24–34, eine nützliche Quellenkompilation über Versailles, aber in der Zitierweise z. T. ungenau und mit oberflächlichen Urteilen. Über die Bedeutung des Telegramms, das die deutschen Friedensvorbereitungen beeinflusste, siehe: Schwabe, S. 177, 220–21, 528 Anm. 36.

Für die Reichsregierung und vor allem das Auswärtige Amt blieb diese Interpretation der 14 Punkte in den ersten Monaten nach dem Waffenstillstand weit mehr maßgebend als die Reparationsformel der Lansing-Note. Insbesondere wurde die in der Interpretation des Punktes 7 benutzte Unterscheidung zwischen rechtmäßigen und unrechtmäßigen Zerstörungen für den Aufbau der deutschen Position wichtig. Wie leicht man in einem neuen Optimismus über die bedenkliche Ausweitung der Reparationsverpflichtung zunächst hinwegging, beschrieb Hugo Graf Lerchenfeld, der bayerische Gesandte in Berlin: „Im Auswärtigen Amt ist man durch den Inhalt der Antwort sehr befriedigt und erleichtert. Dr. Rhomberg führte aus, daß das wesentliche der Antwort sei, daß die Entente sich danach auf den Boden der 14 Punkte Wilsons stellt, bis auf zwei Vorbehalte wegen der Freiheit der Meere und wegen der Frage der Entschädigung. Man habe Wilson gegenüber mißtrauisch sein können, ob es ihm mit seinem Programme auch wirklich ernst sei. Seine Antwort bestätige dies aber und zeige, daß er in Versailles seinen Standpunkt mit Entschiedenheit vertreten habe. [ . . . ] Darüber, auf welchen Betrag sich die Entschädigungssumme belaufen wird, die wir nach der Wilsonschen Note an die Gegner bezahlen sollen, konnte Dr. Rhomberg auch eine ungefähre Angabe nicht machen. Doch meinte er, daß daran der Frieden nicht werde scheitern können. Man werde sehen müssen, bei den Verhandlungen möglichst billig durchzukommen“<sup>78</sup>.

Es ist für diese Einstellung sehr bezeichnend, daß der Reichskanzler Max von Baden die Ausdehnung der Reparationsverpflichtung als Voraussetzung der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen in dem Aufruf an das deutsche Volk vom 6. November 1918 nicht erwähnte: „Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten den 14 Punkten, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar d. J. zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere, zugestimmt haben“<sup>79</sup>.“ Die Lansing-Note erzielte also in erster Linie die Wirkung, daß bei der Reichsregierung der unbedingte Wille, sich auf die 14 Punkte als feststehende Grundlage der deutschen Friedensvorbereitungen zu verlassen, nun erst richtig einsetzte, und erweckte nicht etwa neue Befürchtungen und Bedenken.

In der Öffentlichkeit wurde dagegen sehr ausdrücklich zu den Reparationsgrundsätzen, die in der Lansing-Note mitgeteilt worden waren, Stellung genommen und auch klar erkannt, mit welchen großen Belastungen Deutschland zu rechnen hatte. In einem Kommentar meinte die „Frankfurter Zeitung“, nichts spreche deutlicher für die Gewaltpolitik der Entente, als das Verlangen nach Entschädigung. Die von den Alliierten bei den Vereinigten Staaten durchgesetzte Erweiterung der Forderungen werde zwar im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der besetzten Gebiete vorgebracht, „aber wer möchte bestreiten, daß hinter dieser wohl absichtlichen Unklarheit die schrankenlosesten Forderungen der Westmächte zum mindesten verborgen stehen können und daß diese bereit sind, auch den Schaden, den

---

<sup>78</sup> Quellen, 2, S. 567.

<sup>79</sup> Ursachen, II, 468.

der Tauchbootkrieg an Menschen, Schiffen und Frachten angerichtet hat, zum Ersatz anzumelden? Dann könnten unsere Feinde zu den wahnsinnigsten Forderungen kommen, [...] Das bedeutete den vollkommensten Gewaltfrieden; mit unauslöschlicher Erbitterung würde das deutsche Volk dieses Schicksal nur dann auf sich nehmen, wenn ihm physisch nichts anderes als dieses Elend übrig bliebe. [...] Den Verlierenden für all diese Schäden haftbar zu machen, wäre unmenschlich<sup>80</sup>.“ Gleichzeitig war, noch vor dem Abschluß des deutsch-amerikanischen Notenwechsels, die öffentliche Auseinandersetzung um den Unterschied zwischen einem Frieden des Rechts und der Gewalt voll entbrannt. Die „Frankfurter Zeitung“ faßte die vorherrschende Meinung in einem Kommentar vom 23. Oktober 1918 bündig zusammen: „Das deutsche Volk weiß, daß es manche schwere Verschuldung des alten politischen Regimes zu büßen und wieder gutzumachen hat: gegenüber Belgien, gegenüber Elsaß-Lothringen, gegenüber den Polen. Belgien soll einen gerechten Schadenersatz erhalten; und den Elsaß-Lothringern, deren Autonomie jetzt endlich rasch verwirklicht wird, sowie den deutschen Polen, von denen bisher leider noch nicht die Rede war, soll in der deutschen Demokratie sicher ihr Recht werden. Aber das deutsche Volk darf fordern, daß dieses Recht mit seinem Recht in Übereinstimmung gehalten werde, daß nicht seine gerechten Lebensnotwendigkeiten dem vermeintlichen Rechte anderer zum Opfer gebracht werden. Wer deutsches Land und deutsches Volk in West und Ost verstümmeln oder uns unerträgliche Schuldenlasten aufbürden will, der will einen Gewaltfrieden, keinen Rechtsfrieden mit uns schließen<sup>81</sup>.“ Das entsprach, gerade auch hinsichtlich der Entschädigungen, nicht einmal den 14 Punkten. Man muß aber hinzufügen, es war der Standpunkt einer Zeitung, die unter dem Eindruck eines „im Felde unbesiegten“ Heeres noch an die Möglichkeit einer Ablehnung zu weitgehender Bedingungen und an einen „letzten Endkampf“ dachte. Und das geschah ohne Leichtfertigkeit, denn in demselben Kommentar wurde von der Reichsregierung ein ehrliches Bekenntnis zur Lage gefordert, besonders darüber, ob ein Frieden, wie ihn die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland sich dachten, überhaupt noch möglich sei: „Mit aller Entschlossenheit werden wir uns dagegen wehren, daß man Gewalt, die wir dulden sollen, uns als Recht präsentiere, – daß womöglich gar die Demokratie mit ihren Rechtsgrundsätzen und ihren Rechtsformen jetzt für gut genug befunden werde, über Unrecht, das wir dulden müßten, den schützend verhüllenden Mantel zu breiten und damit vor der deutschen Zukunft die lastende Verantwortung dafür zu tragen. Wir wissen nicht, wo für die Regierung das Erträgliche aufhört und das Unerträgliche beginnt. Kommt sie aber dazu, Opfer gegen unser Recht den Opfern des Endkampfes vorziehen zu wollen, dann soll sie die Wahrheit sagen – die Wahrheit nämlich, daß wir Unrecht dulden müssen durch die furchtbare Schuld derer, die uns in die jetzige Lage gebracht haben, daß wir Gewalt erdulden nicht wegen der Prinzipien der Demokratie, sondern wegen des Frevelmutes einer jammervollen

<sup>80</sup> Der große Krieg, S. 9921–22.

<sup>81</sup> Der große Krieg, S. 9848.

Politik, die uns ins Unglück gestürzt hatte. Das deutsche Volk muß mit rückhaltloser Ehrlichkeit erfahren, was es tragen soll und warum – und wer die Schuldigen sind, die es dafür schonungslos zur Verantwortung zu ziehen hat<sup>82</sup>.“ Keine Regierung, weder die Max’ von Baden noch seiner Nachfolger, hat hiernach gehandelt und eine klare Antwort mit der bitteren Wahrheit gegeben, daß Deutschland ohnmächtig sei und die Entscheidungen der Sieger werde hinnehmen müssen.

Die Reichsregierung jedoch vermied jede öffentliche Stellungnahme; selbst im Kabinett wurde die Frage während der folgenden Wochen nicht erörtert. Offensichtlich wollten die beteiligten Ressorts einen gravierenden Unterschied zwischen den 14 Punkten und der Lansing-Note in der Reparationsfrage nicht zugeben. Erst am 21. März 1919 fand im Kabinett eine gründliche Aussprache über die Auslegung der Lansing-Note statt, als es um die Formulierung der Richtlinien für die Friedensunterhändler ging<sup>83</sup>.

Staatssekretär Erzberger wurde am 6. November 1918 als Vertreter der Reichsregierung in die deutsche Waffenstillstandskommission delegiert<sup>84</sup>. Am Nachmittag desselben Tages trat die Kommission ihre Reise zum alliierten Oberkommandierenden, Marschall Foch, an, um die Waffenstillstandsbedingungen entgegenzunehmen, und am 7. November 1918 übernahm Erzberger die Leitung der deutschen Waffenstillstandskommission. Während der Verhandlungen im Wald von Compiègne erreichte die Revolution Berlin, der Kaiser begab sich nach Holland ins Exil, die Republik wurde ausgerufen und die Regierung des Rats der Volksbeauftragten gebildet. Erzberger blieb im Amt, das man ihm und – seltsam genug – nicht Solf übertragen hatte, sei es, weil er als unabkömmlich galt, sei es, weil Erzberger selbst Solf für ungeeignet hielt<sup>85</sup>. Da die Reichsregierung keinen Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen riskieren und sie deswegen nicht den Militärs überlassen wollte, da außerdem wohl Klarheit darüber bestand, daß die Waffenstillstandskommission zunächst die einzig offizielle Kontaktstelle zu den Siegermächten war, hätte zweifellos das Auswärtige Amt federführend sein müssen. Dies um so mehr, als die Absicht bestand, die Waffenstillstandsverhandlungen möglichst rasch in Verhandlungen über einen Präliminarfrieden überzuleiten<sup>86</sup>. Erzberger hatte also einen der wichtigsten Posten der Reichsregierung inne. Daß die Volksbeauftragten keinen Wechsel vornahmen, veranschaulicht das Ausmaß der Kontinuität in der Regierungskoalition und die politische Bedeutung der „Fachminister“; daß dem Auswärtigen Amt hier die Führung entglitt, begründete die späteren Spannungen zwischen beiden Behörden.

Der am 11. November 1918 abgeschlossene Waffenstillstandsvertrag kam bei der Härte seiner Bedingungen einer Unterwerfung gleich<sup>87</sup>. Er enthielt auch, über das

---

<sup>82</sup> Der große Krieg, S. 9849.

<sup>83</sup> Siehe S. 144.

<sup>84</sup> Siehe dazu Quellen, 2, S. LVII–LXIII.

<sup>85</sup> Quellen, 2, S. 465, 468 Anm. 9 und 10.

<sup>86</sup> Ursachen, II, S. 481–82; Quellen, 6/I, S. 153, 163; Kessler, S. 32.

<sup>87</sup> Siehe dazu den Forschungsbericht von Halperin, S. 107–12.

rein Militärische hinausgehend, in Artikel XIX erste Reparationsbestimmungen, zunächst zur Sicherstellung in Deutschland vorhandener Werte, die für die Deckung der Kriegsschäden in Frage kamen. Auch die unter Artikel VII verlangte Ablieferung von 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen gehört bereits in den Bereich der Reparationen, denn diese und andere Ablieferungen von nicht-militärischem Material im Rahmen des Waffenstillstands wurden im Friedensvertrag auf Reparationskonto gutgeschrieben. Dies geschah aber mit der ausdrücklichen Erklärung der Sieger, daß sie sich bezüglich der „réparation des dommages“ jeden nachträglichen Verzicht und jede nachträgliche Forderung vorbehalten<sup>88</sup>. Diese Feststellung konnte zu der Befürchtung Anlaß geben, daß Deutschland u. U. noch über die im vorangegangenen Notenwechsel getroffene Abgrenzung der Verpflichtungen hinaus gezwungen werden sollte, unabsehbare und unbegrenzte Wiedergutmachungsforderungen zu befriedigen. Und genau mit diesem Hintergedanken hatte der französische Finanzminister Klotz die Formulierung in den Vertrag hineingebracht, wenn auch die extensive Interpretation, die er ihr im Sinne unbegrenzter Forderungen geben wollte, willkürlich war und juristisch keine Veränderung der im Notenwechsel zwischen der amerikanischen und der deutschen Regierung getroffenen Vereinbarungen bewirken konnte<sup>89</sup>.

Die deutsche Waffenstillstandskommission sprach hinsichtlich der französischen Haltung nicht einmal einen Verdacht aus. Als Erzberger in der Kabinettsitzung vom 16. November 1918 die Waffenstillstandsbedingungen erläuterte, erwähnte er den fraglichen Satz nicht einmal. Die Reparationsbestimmungen des Waffenstillstandsvertrags wurden ebensowenig im Kabinett erörtert wie diejenigen der Lansing-Note. Nachdem während der Waffenstillstandsverhandlungen beide Delegationen sich einig geworden waren, daß die endgültigen finanziellen Abmachungen im Friedensvertrag zu treffen seien, fanden die Erörterungen über die ersten beiden Absätze des Artikels XIX in folgender Erklärung der Unterkommission für Finanzfragen vom 26. November 1918 in Spa ihr Ende: „Die Unterkommission stellt fest, daß die Auslegung dieser zwei Texte zu keiner Diskussion Anlaß gibt<sup>90</sup>.“

Die Waffenstillstandsbedingungen wurden in Deutschland als niederschmetternd empfunden. Ebert gab den allgemeinen Eindruck wieder, als er am 25. November 1918 vor der Reichskonferenz erklärte: „Werden wir nicht vor Abschluß der allgemeinen Friedensverhandlungen von den Waffenstillstandsbedingungen befreit, dann muß unser Volk in tiefes Elend und wirtschaftliche Anarchie versinken. Rettung kann nur ein baldiger Präliminarfriede bringen, auf ihn müssen wir mit allen Mitteln hinarbeiten. Erst dann bekommen wir die Möglichkeit, die Volksernährung sicherzustellen und unser Wirtschaftsleben weiterzuführen<sup>91</sup>.“ Diese Äußerung enthielt eine Ansicht, die sich weithin durchsetzte und während der Verhandlungen in Versailles noch eine Rolle spielte, als von deutscher Seite den

<sup>88</sup> Waffenstillstand, Bd. 1, S. 43.

<sup>89</sup> Weill-Raynal, S. 25–28; Burnett, S. 7–8 und 399–401.

<sup>90</sup> Quellen, 6/I, S. 5+; Waffenstillstand, Bd. I, S. 42 und 273.

<sup>91</sup> Quellen, 6/I, S. 153.

Reparationsforderungen u. a. mit dem Argument begegnet wurde, auf Grund der langen, ruinösen Waffenstillstandszeit könne Deutschland praktisch gar nichts mehr zahlen.

#### 4. Rechtsfrieden, Kriegsschuld und Reparationen

Seit dem Abschluß des Waffenstillstands war Deutschland vollkommen ohnmächtig. Um so lauter wurde das Verlangen nach einem Rechtsfrieden und die Betonung des Anspruchs, den Deutschland darauf habe.

Die Absicht Wilsons, den größten und schrecklichsten Krieg, den die Welt bis dahin erlebt hatte, mit einem Frieden nach Recht und Billigkeit zu beenden, eröffnete der Menschheit unerwartet die Hoffnung, daß es zum ersten Mal gelingen könnte, eine neue völkerrechtliche Ordnung zur Sicherung des Friedens und zur Einschränkung der Machtpolitik aufzurichten. Die Grundsätze des Rechtsfriedens hatte Wilson noch einmal in seiner Rede vom 27. September 1918 bekräftigt<sup>92</sup>, wenige Tage bevor die Reichsregierung ihr Waffenstillstandsgesuch an ihn richtete, sein Friedensprogramm anerkannte und neben den 14 Punkten diese Rede besonders hervorhob. Im gesamten, sich daran anschließenden Notenwechsel ging es für Deutschland in erster Linie darum, ob es auch als besiegt Land tatsächlich in den Genuß der Friedensgrundsätze des amerikanischen Präsidenten kommen würde. Die Lansing-Note schaffte darüber Klarheit und faßte die Verpflichtungen für alle Beteiligten zusammen: Deutschland sollte einen Waffenstillstandsvertrag akzeptieren, der es wehrlos machte; die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten dagegen erklärten ihre Bereitschaft, mit Deutschland einen Friedensvertrag auf der Grundlage des Wilsonprogramms abzuschließen – mit den bekannten beiden Einschränkungen<sup>93</sup>.

Schon bald darauf wurde von deutscher Seite die These verfochten, vor allem auch in Versailles, daß es sich bei dem deutsch-amerikanischen Notenwechsel um einen Vorvertrag, ein „*pactum de contrahendo*“ handle. Vor allem in den zwanziger Jahren von den deutschen Völkerrechtlern aufgenommen, stieß diese These im Ausland auf Widerspruch<sup>94</sup>. Ohne auf diese terminologischen Schwierigkeiten näher einzugehen, kann man doch feststellen, daß unzweifelhaft eine bindende völkerrechtliche Vereinbarung vorlag, die von den Siegermächten in Versailles auch an-

<sup>92</sup> Waffenstillstand, Bd. 1, S. 9–10.

<sup>93</sup> „[Wilson] a imposé, en fait, son arbitrage“; Renouvin, S. 137.

<sup>94</sup> Lassa Francis Oppenheim, S. 551 Anm. 1 und S. 607, benutzt den Begriff „*pactum de contrahendo*“ nur bei Darlegung der deutschen Vorstellungen und spricht selbst von einem „*pre-armistice agreement upon the basis of peace*“. Die Bezeichnung „*pactum de contrahendo*“ wurde in der neueren deutschen Literatur u. a. wieder aufgenommen bei: Erdmann, Weltkriege, S. 77; Wüest, S. 39, 83; Dickmann, S. 52–53; 80; Schwabe, S. 226. Vgl. auch Verdross, S. 575 und Renouvin, S. 254; beide sprechen von bindenden Vereinbarungen. Da auch die Alliierten sie in Versailles anerkannten, ging es nur um die Frage, ob sie erfüllt waren oder nicht.

erkannt wurde. Also konnte die Reichsregierung den rechtlichen Anspruch auf einen Rechtsfrieden nach dem Programm Wilsons geltend machen.

Eine andere Frage blieb allerdings, was man in Deutschland unter einem Rechtsfrieden verstand. Dabei konnte es zu Konflikten kommen, wenn die Auslegung der 14 Punkte und der Reparationsbestimmung in der Lansing-Note zwischen den Kriegsgegnern strittig war. In Deutschland klammerten sich die Verantwortlichen von vornherein an die 14 Punkte – und gerieten damit in die Versuchung, dieses sehr allgemein formulierte Programm als ein oberstes Gesetz zu betrachten, dem alle Friedensbedingungen unterworfen seien und aus dem man präzise Rechtsverbindlichkeiten deduzieren könne. Das lief darauf hinaus, den ungeheuerlichsten Krieg, den die Menschheit bis dahin erlitten hatte, unter Berufung auf formale Rechtsstandpunkte beenden zu wollen.

Die Reaktion war andererseits verständlich: Gerade in gut informierten Kreisen Deutschlands wuchs die Besorgnis, daß äußerst harte Bedingungen bevorstanden. Gegenüber den maßlosen Forderungen, die aus Frankreich und England zu hören waren, bildeten die Vereinigten Staaten sozusagen das einzige Bollwerk – die Festlegung aller Beteiligten auf die 14 Punkte schien allein Aussicht auf einen erträglichen Frieden zu bieten. Der Vorsitzende des Rats der Volksbeauftragten Ebert sagte am 10. November 1918 allerdings skeptisch: „Er müsse aber schon heute betonen, daß von einem Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit bei solchen Bedingungen keine Rede mehr sein könne. Die uns auferlegten Opfer seien so unerhört, daß sie zu einer Vernichtung unseres Volkes führen müßten<sup>95</sup>.“ Mit diesen Worten näherte sich Ebert aber in gefährlicher Weise denjenigen, die während der folgenden Monate in der öffentlichen Meinung und in der Regierung immer mehr an Einfluß gewannen und erklärten, das deutsche Volk sei betrogen worden<sup>96</sup>. Man habe es mit falschen Versprechungen über einen Wilsonfrieden des Rechts zur Niederlegung der Waffen bewogen, und nun sei es seinen Gegnern und deren Forderungen hilflos ausgeliefert. Neben der militärischen Dolchstoßlegende<sup>97</sup>, aber in

<sup>95</sup> Beratung über die Waffenstillstandsbedingungen am 10. 11. 1918; Quellen, 6/I, S. 25.

<sup>96</sup> Siehe dazu den eindringlichen und unentbehrlichen Aufsatz von Fraenkel, S. 66–120, besonders S. 82–83.

<sup>97</sup> Siehe dazu Hiller von Gaertringen, S. 122–60. Darin wird das wichtigste Material zur Dolchstoßlegende differenziert verarbeitet, jedoch unter einem gedanklich falschen Ansatzpunkt: Die wesentliche Frage ist nämlich weder, ob militärtechnisch gesehen der Krieg 1918 wegen der Revolution beendet werden mußte oder nicht, noch, ob die Erklärung für die plötzlich offenbar werdende Niederlage im völligen Versagen oder etwa im Verrat der Heimat gesucht wurde. Den entscheidenden Zusammenhang bildete vielmehr die innenpolitische Haltung der betont konservativen Kräfte im Reich, die jede demokratische oder gar sozialistische Bewegung bekämpften und in ihnen den geeigneten Sündenbock für das eigene Versagen und das Scheitern der Politik im Kriege fanden. Das kann man nicht als „Augenblickeindruck der Revolutionswochen“ bezeichnen, aus dem dann erst die politische Agitation entstanden sei (S. 141), und schon gar nicht als Ausdruck der „Einsicht in die Niederlage“ (S. 158). Das war zum großen Teil schon von vornherein politische Agitation, und es kennzeichnete gerade das Nichtanerkennen der Niederlage. Dafür bieten außerdem die Vorbereitung und Behandlung der Friedens-

einem gewissen Zusammenhang mit ihr, wurde auf diese Weise eine politische Dolchstoßlegende aufgebaut. War im ersten Fall der Stoß der Heimat in den Rücken des Heeres gemeint, so hier der heimtückische Stoß Wilsons gegen das deutsche Volk.

Abgesehen davon, daß die Reichsregierung – was hier außer Betracht bleibt – auch in den Grenzfragen und anderen Problemen die ihr günstigste Auslegung der 14 Punkte zugrunde legte, war die deutsche Haltung zu den neuen Gedanken, die Wilson aufgeworfen hatte, insgesamt bemerkenswert. Die Reichsregierung stellte sich mit ihren immer wiederholten Forderungen nach einem Rechtsfrieden auf den Boden der neuen völkerrechtlichen Ordnung, die Wilson einführen wollte. Sie vollzog zugleich damit – das hatten die Diskussionen zwischen dem 3. Oktober und dem 9. November 1918 gezeigt, das war danach vom Rat der Volksbeauftragten feierlich verkündet worden – die Abkehr von dem alten Regime, wobei der Trennungsstrich ganz dick gezogen werden sollte. Denn, wie Fritz Dickmann über das Verhalten der Reichsregierung von 1914 urteilte: „Keine Macht zeigte so wenig Verständnis für den Gedanken einer Rechtsordnung unter den Völkern wie gerade Deutschland<sup>98</sup>.“ Das sollte nun überstürzt anders werden. Damit glaubte man, auch nach dem sehr harten und ernüchternden Waffenstillstand, wenigstens Wilson beeindrucken und ein Anrecht auf einen glimpflichen Frieden erwerben zu können – eine große Selbsttäuschung.

Darin offenbarte sich auch eine gewisse Zweigleisigkeit. Man hatte einerseits den rechtlichen Anspruch auf einen Frieden der 14 Punkte, andererseits wollte man aber im Grunde auch einen moralischen Anspruch zur Geltung bringen. Zwei Dinge paßten dabei nicht zueinander. Das neue Deutschland wollte nicht mit dem Verschulden des alten belastet werden, leugnete aber gleichzeitig bis zu einem gewissen Grade ein Verschulden überhaupt: Deutschland durfte nicht mit der Schuld am Weltkrieg, zumindest nicht mit der Alleinschuld, belastet werden. Es schien klar, daß andernfalls die Reichsregierung nicht als gleichberechtigter und anerkannter Partner bei dem ersten Versuch, nach den Vorstellungen Wilsons eine neue, moralisch fundierte Friedensordnung in der Welt zu begründen, zugelassen werden würde. Den völkerrechtlichen Prinzipien Wilsons wurde folglich eine bedeutende reale und praktische Wirksamkeit zugemessen, zumindest insoweit, als ihre moralische Kraft bei einer Verurteilung Deutschlands, sofern sie wohlbegründet war, ausreichen konnte, die Verbindlichkeiten der Alliierten aus der Lansing-Note hinwegzufügen und die deutschen Überlegungen, daß eine moralische Verpflichtung zu einem Frieden der Mäßigung bestehe, zunichte werden zu lassen.

Es fragte sich für die Reichsregierung nur, welche Taktik sie im Hinblick auf den Zeitpunkt, zu dem sie auf der Friedenskonferenz erscheinen durfte, einschlagen sollte. Sie konnte sich und dem Volk illusionslos klarmachen, welche schweren und

---

regelungen weitere Beispiele. Verloren hatte ja der innenpolitische Gegner den Krieg, und zumindest die politische Rechte glaubte selbst nach dem Waffenstillstand noch, daß man mit fester „nationaler“ Haltung die Lage einigermaßen würde retten können.

<sup>98</sup> Dickmann, S. 13.

vor allem unvermeidbaren Bedingungen als Folge des verlorenen Krieges zu erwarten waren, sie konnte die völlig veränderte Lage Deutschlands anerkennen und davon ausgehend eine neue Außenpolitik vorbereiten, eine überzeugende Alternative zur bis dahin vorherrschenden Machtpolitik. Das wäre eigentlich für eine aus der Revolution hervorgegangene Reichsregierung leichter gewesen als für jede andere, wenn sie nur die schweren Friedensbedingungen jenen hätte zur Last legen können, die vorher die Macht besaßen und für ihren Gebrauch mit allen seinen Folgen verantwortlich waren. Sie war aber mit Teilen der alten Führungsschicht verbündet.

War die Reichsregierung nicht so illusionslos von der Unausweichlichkeit der Folgen nach der Niederlage überzeugt, dann konnte sie überlegen, ob ihr nicht doch noch, auch ohne militärische Kraft, irgendwelche Druckmittel blieben, und seien sie auch zweischneidiger und sehr riskanter Art, wie z.B. die Ablehnung des Friedensvertrags mit all ihren Gefahren oder die Drohung mit dem Bolschewismus. Einer solchen Haltung entsprach die Zuversicht, eine für Deutschland günstige Interpretation der 14 Punkte erreichen zu können, d.h. den Begriff „Rechtsfrieden“<sup>99</sup> mit bestimmten „Lebensrechten“ des deutschen Volkes in wirtschaftlicher und territorialer Hinsicht aufzufüllen. Und genau dieses Ziel erstrebte die Reichsregierung für die Friedensverhandlungen. Das zeigte sich am deutlichsten, als bei den Vorüberlegungen für die Friedensverhandlungen die Reparationsfrage in den Mittelpunkt rückte. Sie wurde aus zwei Gründen so wichtig, einmal wegen der horrenden Entschädigungssummen, die in der Öffentlichkeit der Ententeländer genannt wurden, zum anderen wegen der wachsenden Bedeutung der Kriegsschuldfrage<sup>100</sup>. Die Kriegsschuldfrage mußte sich in erster Linie und ganz direkt auf die Entschädigungsfrage auswirken; denn war die Schuld festgestellt, so war der nächste Schritt, Entschädigung für alle infolge des Krieges eingetretenen Kosten und Verluste zu fordern, nur folgerichtig.

Ein Vertrauensmann der Gesandtschaft Den Haag „in geheimer amerikanischer Position“ berichtete am 21. November 1918<sup>101</sup> über die Haltung der Alliierten und zeichnete Leitlinien einer in Anbetracht der kritischen Lage empfehlenswerten deutschen Innenpolitik. Er wies zunächst auf Unterschiede in der Äußerung des Antibolschewismus bei den Alliierten hin; die Vereinigten Staaten seien besorgt, die Entente dagegen würde bei Gefahr in Deutschland einmarschieren. Das war eine Mahnung, auf die Ausnutzung der Furcht der Alliierten vor dem drohenden Bolschewismus in Deutschland keine allzu großen Hoffnungen für die deutsche Außenpolitik zu setzen<sup>102</sup>. Außerdem warnte der Verfasser des Berichts nachdrück-

<sup>99</sup> D.h. also ein sowohl auf einer völkerrechtlichen Vereinbarung wie auf bestimmten neuen Rechtsprinzipien gegründeter Friedensvertrag.

<sup>100</sup> Siehe dazu u.a. Mayer, S. 152–58; Simon, S. 38–41.

<sup>101</sup> PA, WK 30, Bd. 5 (4069/D 918 085–87).

<sup>102</sup> Über die außenpolitischen Aspekte der Bolschewismus-Furcht vor allem der SPD siehe Lösche, 6. Kapitel; unter dem Aspekt der deutsch-amerikanischen Beziehungen: Schwabe, S. 227 ff. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen sind sorgfältig dargestellt bei: Linke,

lich vor den vielen privaten Initiativen, Briefen, Verbindungen und dergleichen, die einem günstigeren Frieden dienen sollten; und diese Warnung geschah sicher nicht zu Unrecht. Dagegen hob er die ruhige und klare Haltung Solfs und seine Bekräftigung der Friedensgrundsätze Wilsons ausdrücklich positiv hervor. Das einzig richtige im Innern sei die Demokratisierung aller Schichten und eine starke Regierung, ein Gedanke, den auch Solf, Bernstorff und einige ihrer Mitarbeiter vertraten und der die loyale Zusammenarbeit der damaligen leitenden Männer des Auswärtigen Amts, von dem besonderen Fall Solf<sup>103</sup> abgesehen, mit der Sozialdemokratie förderte.

Nun kann man diesem Rat entgegenhalten, daß die Alliierten ihre Bedingungen nicht von der Regierungsform abhängig gemacht hätten. Entscheidend war die deutsche Niederlage; die Entente hätte sich durch keine noch so demokratische deutsche Regierung um die Früchte ihres Sieges bringen lassen, und Wilson selbst brauchte die Entmachtung der führenden Schichten und die Abdankung der Hohenzollern, das Ende des deutschen Militarismus und der deutschen Autokratie zur Einlösung seiner Kriegsziel-Versprechungen. Nichtsdestoweniger konnten sich diese Ratschläge wie auch die Mahnungen, eine würdevolle Haltung einzunehmen und nicht in weinerliche Bettelei zu verfallen, für die Zukunft auszahlen, wenn in der besonneneren Atmosphäre späterer Nachkriegsjahre die Frage einer Neugestaltung der Beziehungen Deutschlands zu den Großmächten in den Vordergrund treten würde. Dann konnte es der deutschen Politik die Ordnung ihrer auswärtigen Angelegenheiten in der Tat erleichtern, wenn innere Verhältnisse herrschten, die einen Wandel gegenüber der Zeit vor 1918 ausdrückten und somit Vertrauen weckten. Das ließ sich bloß erreichen, wenn das gesamte Staatswesen modernisiert und demokratisiert wurde. Nur in einer so vorbereiteten Atmosphäre neuen Vertrauens war eine sachliche Erörterung des größten Problems zu denken, das der Friedensvertrag den Großmächten hinterlassen sollte: der Reparationsfrage.

Aber schon die ersten Wochen und Monate nach dem Abschluß des Waffenstillstands enthüllten die ungeheuren Schwierigkeiten des Versuchs, mit der Niederlage und ihren Folgen in Deutschland fertig zu werden<sup>104</sup>. Was die Mehrheit der konservativen und der fortschrittlichen Kreise an politischer Gemeinsamkeit entwickelte,

---

S. 21–57, auch im Hinblick auf die Alternative eines deutschen Zusammengehens mit den Westmächten oder mit Rußland.

<sup>103</sup> Quellen, 6/I, S. LVIII und LXXXIV. Vgl. die Äußerung des amerikanischen Industriellen Comstock im Anschluß an Gespräche mit Haase, Barth und Scheidemann, daß der Rücktritt Solfs hoffentlich nur ein Gerücht sei, da er im Ausland einen außerordentlichen Ruf habe; Aufzeichnung des Legationsrats Fuehr vom 13. 12. 1918; PA, WK 30, Bd. 9 (4069/D 919 119–20). Siehe auch Elben, S. 101–18; für die Probleme der konservativen Gruppen allgemein außerdem Stolberg-Wernigerode (zur Stellung der hohen Beamten besonders S. 262–68); Klemperer; Lebovics.

<sup>104</sup> Bereits am 11. 11. 1918 sah sich die „Frankfurter Zeitung“ veranlaßt, gegen Konservative und Alldeutsche Stellung zu beziehen und deren Verleumdung, das deutsche Volk „sei entehrt und mit Schimpf überhäuft“, zurückzuweisen; siehe: Der große Krieg, S. 9946.

erschöpfte sich nahezu in der Beschwörung der äußeren Einheit des Reiches. An die Stelle gemeinsamer Anstrengungen zur allmählichen Bewältigung der Folgen des verlorenen Krieges trat von Anfang an die Ausnutzung gerade dieser Folgen für den innenpolitischen Kampf, insbesondere durch die konservativen Kräfte. Das gilt vor allem in der Frage der Reparationen. Die vorurteils- und illusionslose Anerkennung der Tatsache, daß Deutschland eine vollständige Niederlage erlitten hatte und nun zur Zahlung von hohen Reparationen gezwungen war, hätte die notwendige Konsolidierung der gewandelten inneren Verhältnisse Deutschlands sehr gefördert: Infolge einer derartigen Anerkennung wäre man zwangsläufig dazu verpflichtet gewesen, sich über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die wirtschaftlichen Aufgaben Klarheit zu verschaffen, die innere Entwicklung fortlaufend zu modernisieren und die außenpolitischen Zielsetzungen sehr viel mehr den Gegebenheiten und den tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten anzupassen. In der Weimarer Republik ist das aber über Ansätze hinaus nie Tatsache geworden.

Dieser Mangel wurde noch verschärft durch die Kriegsschuldfrage, die einerseits zum Fehlschlag der erwähnten inneren Konsolidierung in erheblichem Maße beitrug, andererseits ganz direkt und verhängnisvoll mit der deutschen Reparationsverpflichtung verknüpft war. In Artikel 231 des Versailler Vertrags wurde festgelegt: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“

Die folgenreiche Verquickung von Kriegsschuld und Reparationen, die der fast hysterischen Erörterung der Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik den entscheidenden Anstoß gab, war aber nicht erst ein Ergebnis der Ausarbeitung und Verkündung des Artikels 231, wie bisher in der Forschung angenommen wurde. Unglücklicherweise – und es war wirklich ein Unglück – wurde das Auswärtige Amt schon im November 1918 davon unterrichtet, daß wahrscheinlich bei den Alliierten die Absicht bestand, die deutsche Kriegsschuld zur Begründung der Reparationsforderungen zu benutzen.

In einem geheimen Bericht vom 21. November 1918 übermittelte der deutsche Gesandte in Den Haag, Rosen, von „Melchior's Freund“ – wie Gerhard Ritter zu Recht vermutete und Klaus Schwabe bestätigte<sup>105</sup>, das Mitglied der amerikanischen Gesandtschaft in Den Haag, Noeggerath – die Nachricht, daß die Kriegsentschädigung, welche die Alliierten zu fordern beabsichtigten, von der deutschen Kriegsschuld abhängen werde. Und der Vertrauensmann schlug sogleich vor, Deutschland solle eine Kommission zur Untersuchung dieser Frage fordern, einen Rat, den Rosen in seinem Bericht vom 22. November 1918 auf Grund einer weiteren Äußerung von „Melchior's Freund“ präziserte: Nur eine internationale Enquête über die Schuld aller Beteiligten am Krieg, an den vorgefallenen Greueln und an der Blockade

<sup>105</sup> Ritter, S. 557 Anm. 11; Schwabe, S. 245 Anm. 87.

werde auf die Friedensverhandlungen eine günstige Wirkung haben. Der mit der Vorbereitung der Friedensverhandlungen betraute Botschafter Graf Bernstorff versah das Telegramm vom 21. November 1918 im Auswärtigen Amt mit dem Vermerk: „Alles veranlaßt“. Schon am 28. November 1918 ersuchte die Reichsregierung die Alliierten durch Vermittlung der Schweiz, eine neutrale Kommission zur Erforschung der Kriegsschuldfrage einzuberufen. Bernstorff hatte die Note verfaßt. Die englische und die französische Regierung unterrichteten die Schweiz von ihrer Auffassung, daß eine Antwort unnötig sei, „as the responsibility of Germany for the war has been long ago incontestably proved“. Die amerikanische Regierung schloß sich diesem Vorgehen an<sup>106</sup>. Trotzdem blieb die Reichsregierung dabei, daß man nun erst recht zunächst die Kriegsschuld Deutschlands widerlegen müsse, um die Last der Reparationen zu erleichtern. Diese Überlegung verschleierte den Kern der Sache, nämlich daß die Alliierten in jedem Falle – wobei die Begründung ziemlich einerlei war – ungeheure Zahlungen von Deutschland verlangen würden und daß die Vorbereitung der Friedensverhandlungen im Hinblick auf die Reparationen allein darin bestehen konnte, sich Gedanken über die Stärkung und moderne Organisation der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu machen und die deutsche Zahlungsfähigkeit abzuschätzen. Dabei mußte die Tatsache berücksichtigt werden, daß es zunächst einmal erforderlich war, die wirtschaftlichen Folgen des deutschen Zusammenbruchs zu überwinden. Aber zu einer solchen illusionslosen Betrachtung und Selbstbescheidung waren die Führungsschichten einer Nation, die sich noch kurz zuvor als eine der führenden Mächte der Welt gefühlt hatte, anscheinend kaum fähig. Die verzweifelte Hoffnung, um die Zahlung wenigstens eines Teils der Zeche für den verlorenen Krieg herumzukommen, spielte eine zu große Rolle.

Im übrigen war „Melchior's Freund“ entsetzt über Enthüllungen der revolutionären bayerischen Regierung aus Berichten des bayerischen Gesandten in Berlin, Graf Lerchenfeld, über den Verlauf der Julikrise 1914, die eine sehr viel weiter gehende Verantwortung Deutschlands für den Kriegsausbruch nahelegten, als bis dahin angenommen wurde<sup>107</sup>. Auch das Auswärtige Amt war mit derartigen Enthüllungen natürlich nicht einverstanden. Es gab am 25. November 1918 folgende aufschlußreiche öffentliche Erklärung ab: „Vom Auswärtigen Amt ist gegen die Münchener Veröffentlichung über die Vorgeschichte des Krieges protestiert worden. Sie muß

---

<sup>106</sup> PA, WK 30, Bd. 5 (4069/D 918 032 und D 918 105); PA, WK adh. 4, Bd. 12 (8860/E 617 683); Papers, Paris Peace Conference, Bd. II, Washington 1942, S. 71–74; Die Kriegsschuldfrage Jg. VI (1928), S. 2.

<sup>107</sup> Telegramm Rosens vom 25. 11. 1918; PA, WK 30, Bd. 5 (4069/D 918 129–30). Die „Enthüllungen“ des bayerischen Gesandten in Berlin, Graf Lerchenfeld, siehe: Bayerische Dokumente, S. 3–16. Die Gefahr für die deutsche Position und die Notwendigkeit für die Reichsregierung, in der Kriegsschuldfrage die Initiative zu übernehmen, wurde im Telegramm Nr. 2156 des Gesandten Freiherr von Romberg (Bern) vom 27. 11. 1918 noch deutlicher: Nach Berichten von „verschiedenen zuverlässigen Seiten“ herrsche „in Ententekreisen heller Jubel über die Veröffentlichung der Berichte des Grafen Lerchenfeld. Man ist der Überzeugung, daß man uns jetzt ganz in der Hand habe und mit uns machen könne, was man wolle“. (PA, WK adh. 4, Bd. 12).

gerade jetzt, wo von unseren Gegnern uns auf dem Wege zum Frieden die größten Schwierigkeiten bereitet werden, als ein schwerer Schlag für unsere politische Arbeit wirken. Unseren Feinden und Verhandlungsgegnern gibt sie eine Waffe in die Hand, die sie zu benutzen wissen werden. Die Veröffentlichung steht in Zusammenhang damit, daß der jetzige Vertreter Bayerns in Bern, Prof. Fr. W. Foerster, seiner Regierung auf Veranlassung eines Mittelsmannes Clemenceaus geraten hat, Mitteilungen über die Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen, weil ein Bekenntnis Deutschlands zur Schuld am Kriege dazu dienen würde, den Frieden schneller herbeizuführen. Nach unserer Auffassung unterliegt es keinem Zweifel, daß es Herrn Clemenceau nur darauf angekommen ist, uns ins Unrecht zu setzen. Dem schweren Irrtum, daß Clemenceau ein Mann wäre, der sich zur Milde stimmen ließe, wenn wir die Schuld des Krieges auf uns genommen hätten, können nur Leute verfallen, die sich von dem Charakter des französischen Ministerpräsidenten ein falsches Bild machen. Auf Veranlassung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes sind die Akten des Auswärtigen Amtes dem Unterstaatssekretär Dr. David übergeben worden, damit dieser unbeeinflußt die Vorgeschichte des Krieges und die darüber vorliegenden diplomatischen Akten prüfen kann<sup>108</sup>.“

Es ist also durchaus gerechtfertigt, festzustellen, daß zur gleichen Zeit, als man im Auswärtigen Amt die Frage nach der Schuld am Kriege mit der Frage nach der Berechtigung überhöhter Reparationsforderungen verknüpfte, die Gefahr auftauchte, daß eine gründliche Untersuchung der Ursachen des Krieges für Deutschland auch unangenehme Wahrheiten an den Tag bringen konnte, die gerade jene Positionen, die das Auswärtige Amt sich aufbauen wollte, um die Unrechtmäßigkeit der gegnerischen Forderungen nachzuweisen, zu unterhöhlen imstande waren. Zumindest von diesem Zeitpunkt an muß dem Auswärtigen Amt klar gewesen sein, daß es zweischneidig war, die Kriegsschuldfrage als taktisches Mittel in der Auseinandersetzung um die Friedensregelung zu benutzen, und daß man in die Zwangslage geraten konnte, nun um jeden Preis die These beweisen zu müssen, daß Deutschland nicht in erster Linie und schon gar nicht allein am Ausbruch des Ersten Weltkriegs schuld war. Daraus sollte später ein Ritt auf dem Tiger werden.

Wenn auch der Gedanke, die Erörterung der Kriegsschuld voranzustellen, eine Fehlkalkulation war, so hatte er doch eine gewisse Logik für sich: auf keinem anderen Gebiet der Friedensregelungen, auch nicht bei den zu erwartenden Landabtretungen, die ja auf Grund des Selbstbestimmungsrechts vorgenommen werden sollten, konnte die Erörterung der Kriegsschuldfrage so günstig und mit der Hoffnung auf unmittelbaren Gewinn ins Feld geführt werden wie bei der Frage der Wiedergutmachungspflicht, und zwar durch beide Parteien. Im übrigen war man in Deutschland konsterniert und empört über die scharfe moralische Verurteilung, die das Reich im Verlauf der leidenschaftlichen Erörterung der Kriegsschuldfrage in der englischen und französischen Öffentlichkeit erfuhr. Auch dies beeinflusste den Entschluß der Reichsregierung, sich bei den Vorbereitungen für die Friedens-

<sup>108</sup> Der große Krieg, S. 10003–04.

verhandlungen mit der Kriegsschuldfrage zu befassen. Die wenigen Warnungen, wie die eines Gewährsmannes von Erzberger, daß die Absicht, die Kriegsschuldfrage zu jenem Zeitpunkt erörtern und lösen zu wollen, sehr schädlich wirke, blieben ohne jeden Einfluß. Diese Warnung stützte sich auf Äußerungen in diplomatischen Kreisen Den Haags und schloß mit dem Satz: „Ich meine, daß alle Deutschen gegenwärtig nur das Ziel verfolgen sollten, dahin zu arbeiten, daß die schlechte Kriegssuppe, die uns Leute, die wir hoffentlich später schon zur Verantwortung zu ziehen wissen werden, [eingebrockt haben,] so schmerzlos wie nur möglich von uns ausgelöffelt werden kann<sup>109</sup>.“

Dickmann schrieb, daß im Mai 1919 in Versailles „die verfrühte Erörterung des Kriegsschuldproblems der deutschen Seite sehr gegen ihren Willen aufgedrängt worden war, daß man deutscherseits alles versucht hatte, sie zu vertagen und dem Urteil der Geschichte Raum zu geben“<sup>110</sup>. Natürlich war der deutsche Vorschlag, das Kriegsschuldproblem durch eine neutrale Kommission erforschen zu lassen, Teil des Bemühens, die Schuldanklage aus den Friedensverhandlungen weitgehend auszuschalten. Aber es war gerade auch den Deutschen völlig klar, daß man nicht mit einem formalen Trick die Diskussion über die Kriegsschuld und noch weniger ihre Benutzung durch die Siegermächte bei der Festsetzung der Friedensbedingungen auf eine wissenschaftliche Ebene abschieben konnte. Da in der Öffentlichkeit und bei den Regierungen, nicht nur der Gegner Deutschlands, sondern teilweise auch der Neutralen, die Auffassung von der deutschen Schuld unumstritten war<sup>111</sup>, hätte die Reichsregierung nur durch stillschweigendes Übergehen dieses Problems eine Chance gehabt, die Diskussion darüber zu vermeiden. Was aber bisher allen, die sich damit befaßten, entging, ist die Tatsache, daß die Deutschen schon im November 1918 von der Verknüpfung der Kriegsschuldfrage mit den Reparationen ausgingen und deshalb keineswegs „alles versucht hatten“, die Erörterung zu vertagen, sondern mit der Note vom 28. November 1918 die Diskussion auch materiell eröffneten. Denn die Entscheidung darüber, ob sich mit der Kriegsschuldfrage eine neutrale Kommission befassen solle, war von einer solchen politischen Tragweite, daß damit nicht nur die formale Frage über die Form ihrer weiteren Behandlung, sondern die Auseinandersetzung über die Sache selbst aufgeworfen worden war. Ein starker Drang zur Rechtfertigung, in dem sich Deutschlands neue und alte Führung weithin einig waren, stellte sogar einen eigenen und weniger von außen her beeinflussten Impuls zum Aufgreifen der Kriegsschuldfrage dar. Von einigen mißglückten Anläufen abgesehen<sup>112</sup>, konnte sich die Reichsregierung nicht dazu durchringen, kritisch zu überprüfen, ob die prinzipielle deutsche Behauptung, daß zumindest keine Alleinschuld am Kriegsausbruch bestehe, überhaupt richtig war. Jahrelang war dem Volk die deutsche Unschuld und die Notwendigkeit des von außen

<sup>109</sup> Übermittelt im Brief Erzbergers vom 2. 12. 1918 an den Dirigenten im Auswärtigen Amt von Bergen; PA, WK 30, Bd. 7 (4069/D 918 594–98).

<sup>110</sup> Dickmann, S. 88.

<sup>111</sup> Dickmann, S. 8–9.

<sup>112</sup> Dickmann, S. 61–74.

aufgezwungenen Verteidigungskriegs gepredigt worden. Die dauernde Verdrängung eines möglichen Schuldbewußtseins äußerte sich in steigender Beweissucht der Unschuld. Sozialpsychologisch gesehen war das der Wunsch, sich als Nation ein makelloses „Wir-Bild“ zu bewahren<sup>113</sup>. Die Nation als eines der höchsten Güter durfte einfach nicht im Unrecht sein. Insofern stand der deutsche Kampf in der Kriegsschuldfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Nationalismus des kaiserlichen Deutschland.

Vor allem wollte die Reichsregierung aber eine Verlagerung der Ausgangsposition der Friedensverhandlungen von den 14 Punkten und der Lansing-Note weg auf die deutsche Kriegsschuld um jeden Preis vermeiden. Diese Sorgen und Bemühungen hatten jedoch, soweit sie von der deutschen Delegation in Versailles vertreten wurden, höchstens eine negative Wirkung. Der Friedensvertrag basierte dank dem amerikanischen Einfluß nicht auf der deutschen Kriegsschuld, mit der einzigen und schwerwiegenden Ausnahme der Reparationsbestimmungen. Ohne die Selbstbeschränkung der Siegermächte im Artikel 232 hätte der Artikel 231 die juristisch unanfechtbare Grundlage für eine alles umfassende Kriegsentschädigung geboten<sup>114</sup>. Die Reparationsbestimmungen waren ihrer Grundlage nach ein klarer Verstoß gegen die von den Siegermächten durch die 14 Punkte und die Lansing-Note eingegangenen Bindungen<sup>115</sup>.

Die Reichsregierung versuchte aber mit dem grundsätzlich berechtigten Anspruch auf einen Rechtsfrieden, gemäß dem Notenwechsel vor dem Waffenstillstand, zwischen den bestehenden Gefahren hindurchzusteuern. Da nur dieser Anspruch überhaupt einen Rückhalt bot, ist es ganz erklärlich, daß er während der kommenden Monate derart in den Vordergrund gestellt und durch Überlegungen zur Abwehr der

<sup>113</sup> Hofstätter, S. 442 ff.

<sup>114</sup> Dazu auch: Laun, S. 633. – Die beiden ersten Absätze des Artikels 232 lauten: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erkennen an, daß die Hilfsmittel Deutschlands unter Berücksichtigung ihrer dauernden, sich aus den übrigen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags ergebenden Verminderung nicht ausreichen, um die volle Wiedergutmachung aller dieser Verluste und Schäden sicherzustellen. Immerhin verlangen die alliierten und assoziierten Regierungen und Deutschland verpflichtet sich dazu, daß alle Schäden wieder gutgemacht werden, die der Zivilbevölkerung jeder der alliierten und assoziierten Mächte und ihrem Gut während der Zeit, in der sich die beteiligte Macht mit Deutschland im Kriegszustand befand, durch diesen Angriff zu Lande, zur See und in der Luft zugefügt worden sind, sowie überhaupt alle Schäden, die in der Anlage I näher bezeichnet sind“. (Reichsgesetzblatt 1919, S. 985–87).

<sup>115</sup> Dickmann, S. 92, kam zu dem entgegengesetzten Schluß: „Die Siegermächte wollten ihn [den Artikel 231] so verstanden wissen, daß er lediglich eine moralische Verpflichtung Deutschlands zu vollständiger Wiedergutmachung konstatierte, während die Rechtsgrundlage der von ihnen geforderten Reparationen in der Lansing-Note zu suchen sei und ihre wirkliche Forderung, wie sie im Teil VIII (Reparationen) des Vertragsentwurfes enthalten war, faktisch nicht über das hinausgehe, was sie auf Grund der Lansing-Note zu fordern berechtigt seien.“ Dickmann verkennt dabei, daß die Alliierten mit den Artikeln 231 und 232 eine ganz neue Rechtsgrundlage für die Reparationen schufen, die von der Lansing-Note völlig unabhängig war. – Die ältere Forschung über die Interpretation des Artikels 231 ist verarbeitet bei: Holborn, Kriegsschuld.

Kriegsschuld abgestützt wurde. Ein schwerer Fehler war nur die viel zu positive Auslegung der Lansing-Note zu Deutschlands Gunsten. Realistisch wäre die Bestimmung der Voraussetzungen eines Rechtsfriedens auf der Grundlage der deutschen Niederlage gewesen. Das hätte vor allem die Erkenntnis vorausgesetzt, daß die Vereinbarung über die Grundlagen der Friedensverhandlungen zwar begrenzend wirken, in jedem Falle aber zugunsten der Siegermächte ausgelegt werden würden. Die entscheidende Frage ist dann, ob Deutschland mit dem Versailler Vertrag überhaupt ein Rechtsfrieden verweigert und die im Notenwechsel eingegangene Verpflichtung tatsächlich gebrochen worden ist. Im großen und ganzen erscheint das gar nicht so sicher, wichtig ist aber hier nur, ob die Begrenzung der Reparationen eingehalten wurde.

#### 5. Die Annäherung an die Vereinigten Staaten als außenpolitische Richtlinie

Noch vor Abschluß des Waffenstillstands erhielt man in Berlin Nachrichten darüber, daß die Alliierten sehr detaillierte, ungeheure Reparationsforderungen stellten und nur die Vereinigten Staaten Einwände dagegen erhöben<sup>116</sup>. Diese Meldung festigte bei der Reichsregierung den Eindruck, daß Wilson im Kreis der gegnerischen Mächte der einzige war, von dem man Zurückhaltung in den Forderungen und eine maßvolle Einstellung bei den Friedensverhandlungen erwarten konnte. Hatte schon der Einfluß des Präsidenten bei der allzu raschen Wandlung Deutschlands von der Monarchie zur Republik eine erhebliche Rolle gespielt, so schienen die ersten Nachrichten über die Haltung der Alliierten die Fortsetzung einer nach den Vereinigten Staaten orientierten Politik zu ermutigen, obwohl es sich schon einige Wochen später herausstellte, daß der vor allem von Solf unternommene Versuch, enge und besondere Verbindungen zur Regierung Wilsons herzustellen, auf einer Verkennung der amerikanischen Haltung beruhte und ein Fehlschlag war.

Inzwischen konnte die Reichsregierung weitere Nachrichten über die mutmaßliche Höhe der Reparationen verwerten. Auch sie ließen eine Waffe gegen Reparationsforderungen, die über die 14 Punkte hinausgingen, dringend notwendig erscheinen. Am 24. November 1918 teilte der Gesandte in Kristiania, von Mutius, der Reichsregierung vertraulich mit, daß er von dem norwegischen Außenminister Ihlen erfahren habe, man werde Deutschland 100 bis 120 Mrd. Goldmark Kriegsentschädigung auferlegen. Neben den führenden Beamten des Auswärtigen Amts las auch

---

<sup>116</sup> Am 8. 11. 1918; PA, WK 30, Bd. 1 (4069/D 917 234–37). – Für die komplizierten Einzelheiten und inoffiziellen Kontakte in den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1918/19 unentbehrlich: Schwabe, 3. Kapitel. Schwabe arbeitete vor allem die auf deutscher Seite bestehenden Illusionen über engere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten heraus, erörterte aber nicht den Charakter der Revolution in Deutschland und die Frage, ob oder welche Auswirkungen sie auf die deutschen Friedensvorbereitungen hatte. Insofern stimmt der Titel seines Buches „Deutsche Revolution und Wilson-Frieden“ nicht ganz.

Ebert diese Mitteilungen. Vier Tage später berichtete Mutius über eine Unterredung mit dem finnischen Geschäftsträger in Kristiania, Professor Serlachius, der die Reparationssumme auf 100 bis 200 Mrd. Goldmark schätzte und ein sehr trübes Bild von den kommenden Friedensverhandlungen und der daraus folgenden Lage in Europa entwarf. Der Friede werde für Deutschland praktisch unausführbar sein; die Reparationen würden teilweise in Sachlieferungen und teilweise in der Form einer Art deutscher Sklavenarbeit eingefordert werden. Das Ergebnis des Friedens aber werde sein, daß die Vereinigten Staaten und Japan als die eigentlichen Gewinner aus dem Weltkrieg hervorgingen<sup>117</sup>.

Diese letzte Feststellung über die Vereinigten Staaten traf sich mit ähnlichen Gedankengängen im Auswärtigen Amt, und hier zeigen sich die ersten Keime einer Politik, die unauffällig, aber mit bemerkenswerter Konsequenz und beträchtlichen Auswirkungen während der Weimarer Republik verfolgt wurde: ein gutes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu pflegen.

Programmatisch legte diese Linie der deutschen Außenpolitik der letzte Botschafter der kaiserlichen Regierung in Washington, Johann Heinrich Graf von Bernstorff, der mit den Friedensvorbereitungen betraut war und als eine der wichtigsten Persönlichkeiten im Auswärtigen Amt hervortrat, am 24. November 1918 in einer kurzen Aufzeichnung für Solf dar:

„Dadurch, daß die Entscheidung des Krieges von den Vereinigten Staaten herbeigeführt wurde, ist deren Stellung und insbesondere diejenige des Präsidenten Wilson für die Zukunft ausschlaggebend geworden. Die ganze Welt wird in wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten geraten. Deshalb haben wir uns an Herrn Wilson gewandt als wir genötigt waren, diesen Krieg zu beendigen. Deshalb werden wir uns auch bei den Friedensverhandlungen politisch an die Vereinigten Staaten anschließen und den späteren Wiederaufbau Deutschlands mit ihrer Hilfe durchführen müssen. Dieser notwendige Entschluß wird uns dadurch erleichtert, daß Herr Wilson der einzige Staatsmann unter den Führern unserer Feinde ist, welcher ein ehrliches pazifistisches Programm aufgestellt hat und dieses auch durchführen will. Alle anderen sind offene oder verkappte Imperialisten. Deutschland kann sich von den tiefen Wunden, welche dieser Krieg geschlagen hat, nur dann erholen, wenn es auf absehbare Zeit eine durchaus pazifistische Politik treibt. Es liegt daher auf der Hand, daß wir alle Herrn Wilsons Wünsche, die sich auf Völkerbund, Abrüstung, Schiedsgericht, Freiheit der Meere usw. erstrecken, eifrigst unterstützen und somit möglichst überbieten müssen. Nur auf diesem Wege können wir hoffen, den Imperialismus unserer übrigen Gegner einzudämmen und die gegenwärtige Schwäche Deutschlands einigermaßen auszugleichen<sup>118</sup>.“

<sup>117</sup> PA, WK 30, Bde. 6 und 7 (4069/D 918 335 und D 918 652–53). – Es ist öfters unklar, wann Goldmark oder Papiermark gemeint sind. Beide Bezeichnungen gebrauche ich, sofern kein Zweifel besteht. Man kann aber davon ausgehen, daß in bezug auf die Reparationen Mark überwiegend Goldmark bedeutet.

<sup>118</sup> PA, WK 30, Bd. 5 (4069/D 917 997–98). Schwabe, S. 235 Anm. 46, nennt als Verfasser versehentlich den Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen, da er

In seinem Referat vor der Reichskonferenz am 25. November 1918 stützte sich Solf auf diese Aufzeichnung, als er das Verhältnis Deutschlands zu den Vereinigten Staaten erläuterte<sup>119</sup>. Solf selbst hatte, als der Kaiser Ende Oktober 1918 anregte, mit England eine direkte Verbindung und damit einen günstigeren Frieden zu suchen, geantwortet, daß Sondierungen in Bern und Den Haag die Unzugänglichkeit Englands für eine direkte Anknüpfung von Gesprächen erwiesen hätten. Nach übereinstimmenden Nachrichten könne nur Wilson als mäßigender Faktor angesehen werden. Die Vereinigten Staaten hätten wegen ihres Exports ein Interesse an der Erhaltung eines aufnahme- und konsumfähigen europäischen Marktes, während England in seiner Siegespsychose zunächst Frankreich folgen werde. Mit um so größerem Mißtrauen beobachteten sie deshalb bolschewistische Tendenzen und äußerten deutlich den Wunsch nach einer stabilen demokratischen Regierung in Deutschland<sup>120</sup>.

Berichte, die vornehmlich aus den Niederlanden eingingen, bestärkten das Auswärtige Amt in der Auffassung, daß zwischen den Reparationszielen Englands und Frankreichs auf der einen und denen der Vereinigten Staaten auf der anderen Seite ein scharfer Gegensatz bestand. So wurde mitgeteilt, z. T. sogar nach Hinweisen aus der englischen und der amerikanischen Gesandtschaft in Den Haag, daß England und Frankreich eine immense Wiedergutmachungssumme fordern würden, um Deutschlands Niedergang durch dauernde wirtschaftliche Knebelung vollkommen zu machen, und daß die Vereinigten Staaten, nicht nur die Demokratische Partei, sondern auch die Republikaner, im Hinblick auf die Erhaltung der Konsumfähigkeit Deutschlands derartige Ziele ablehnten. Um dem zu begegnen, so stand in einem Bericht vom 5. Dezember 1918, habe die Londoner Konferenz zwischen Lloyd George, Clemenceau und Orlando vom 2./3. Dezember 1918 eine Festlegung der Kriegsziele, vor allem die höchsten nur möglichen Wiedergutmachungssummen, unter Ausschluß Wilsons bezweckt. Zur Sicherung der Entschädigung sei vornehmlich eine Exportsteuer und eine Besetzung deutscher Gebiete bis zur Erfüllung der Friedensbedingungen in Aussicht genommen. Rosen bestätigte derartige Berichte noch unter einem anderen Aspekt. Er hatte mit dem niederländischen Außenminister Karnebeek die Möglichkeit erörtert, durch einen Schritt der niederländischen Regierung oder Königin Wilhelminas bei Wilson direkte Lebensmittelliefer-

---

den Text nach einer Abschrift zitierte. Hier wird das hschr. Original Bernstorffs, der auch im Journal als Verfasser genannt wird, wiedergegeben.

<sup>119</sup> Quellen, 6/I, S. 155–56. Zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Weimarer Republik: Link. Über die weitgehend wirtschaftlich bestimmte politische Zielsetzung der Vereinigten Staaten und ihre Rivalität mit Großbritannien siehe: Parrini.

<sup>120</sup> PA, WK 23 geheim, Bd. 29 (4064/D 913 819–20). – Der Gesandte in Kopenhagen, Graf Brockdorff-Rantzau, telegraphierte am 23. 11. 1918, der amerikanische Geschäftsträger, Grant-Smith, habe erklärt, die Vereinigten Staaten schlossen mit einer Reichregierung, die mit dem Bolschewismus zusammengehe, keinen Frieden. Dringe der Bolschewismus weiter vor, so seien die Entente-Mächte zum Einmarsch in Deutschland entschlossen; PA, WK 30, Bd. 4 (4069/D 917 952). Solf vermerkte auf dem Telegramm: „Sofort Herrn Ebert vorzulegen“. Ebert zeichnete es am 25. 11. 1918 ab. Vgl. Quellen, 6/I, S. 158.

rungen für Deutschland zu erwirken. Karnebeek hielt das für aussichtslos. Er hatte bei Unterredungen mit Gesandten der Entente immer wieder festgestellt, daß die Entente den deutschen Zusammenbruch u. a. durch die Blockade herbeiführen wollte. Den Bericht versah Bernstorff bei der Erwähnung der Absichten der Entente mit dem Vermerk: „D.h. *nicht* Amerika; und darauf kommt es an.“ Das bewies erneut, wie sehr man sich geradezu an die Hoffnung auf die Vereinigten Staaten klammerte<sup>121</sup>.

Interessante Meldungen, die im Auswärtigen Amt teilweise alarmierend wirkten, steuerte der Gesandte Romberg aus Bern bei. Französische Großindustrielle, und dafür habe er viele Bestätigungen, wiesen darauf hin, daß der bayerische Finanzminister Jaffé öffentlich verkündet habe, Deutschland könne 200 Mrd. Mark an Reparationen tragen, woraus man in England schließe, dann könnten es auch 500 Mrd. sein. Im übrigen hätten die deutschen Hilferufe nur Verachtung geweckt. Und in einem weiteren Bericht übermittelte er u. a. die Ansicht einer „zuverlässigen Persönlichkeit“, offenbar eines Attachés an der amerikanischen Gesandtschaft in Bern, daß die Vereinigten Staaten sich bemühen würden, die Wiedergutmachungssumme auf 200 Mrd. Mark herunterzudrücken. Auf den Einwand, daß diese Summe zu zahlen völlig ausgeschlossen sei, habe jener Attaché darauf hingewiesen, daß der ehemalige Vizekanzler Helfferich schon im ersten Kriegsjahr dem amerikanischen Botschafter in Berlin, Gerard, oder einem seiner Attachés erklärt habe, Deutschland werde 70 Mrd. Reparationen von Frankreich fordern. Das sei allgemein bekannt, und bei der langen Dauer des Krieges seien folglich 200 Mrd. durchaus angemessen<sup>122</sup>.

Damit war – soweit ich sehe, zum ersten Mal seit dem Waffenstillstand – das Auswärtige Amt vom Ausland her mit der Tatsache konfrontiert worden, daß die Reichsregierung im Falle eines „Siegfriedens“ auch nicht gerade zurückhaltend in ihren Forderungen gewesen wäre. Romberg wies auf die anhaltenden großen Schwierigkeiten hin, die aus der Verbreitung dieser Äußerung Helfferichs erwachsen konnten. Im Auswärtigen Amt war man sich auch sofort über den – zumindest propagandistischen – Nachteil dieser Äußerung im klaren, und Bernstorff fragte im Auftrage Solfs bei Helfferich an, was es mit seiner Äußerung auf sich habe. Helfferich stritt auch nach präzisen Angaben aus Bern über Ort, Datum und Beteiligte kategorisch ab, je eine Äußerung über die Höhe einer an Deutschland zu zahlenden Kriegsentschädigung gemacht zu haben, zuletzt in Form eines Interviews, das am 2. Februar 1919 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erschien<sup>123</sup>. Diese ganze

<sup>121</sup> Bericht aus Den Haag vom 8. 11. 1918; PA, WK 30, Bd. 1 (4069/D 917 234–37); Telegramm der Nachrichtenstelle Osnabrück vom 27. 11. 1918, Bd. 5 (4069/D 918 160–62), 3. und 5. 12. 1918, Bd. 7 (4069/D 918 568 und D 918 677–78), und das Telegramm Rosens vom 23. 11. 1918 über seine Unterredung mit Karnebeek, Bd. 5 (4069/D 918 090–91).

<sup>122</sup> Berichte vom 10. und 13. 12. 1918; PA, WK 30, Bd. 10 (4069/D 919 376–77) und Bd. 11 (4069/D 919 719).

<sup>123</sup> PA, WK 30, Bd. 12 (4069/D 919 963), Bd. 14 (4069/D 920 431), Bd. 16 (4080/D 921 038), Bd. 18 (4080/D 921 559–71).

Angelegenheit hatte keinerlei Einfluß auf die Verhandlungen der Alliierten über die an Deutschland zu stellenden Reparationsforderungen, es ist jedoch aufschlußreich zu sehen, wie bemüht die führenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amts, vor allem Solf und Bernstorff, sich zeigten, Deutschland in der Frage der Reparationen sozusagen makellos zu halten.

Diese Haltung wirkte sich schon bald auch praktisch dahin aus, daß vom Auswärtigen Amt Reisen einflußreicher Amerikaner nach Deutschland ausdrücklich gefördert wurden. Es begannen die Bemühungen, „zuverlässige“ und möglichst angesehene Persönlichkeiten auch der anderen Siegermächte einzuladen, damit sie bei ihrer Rückkehr ein Bild von den tatsächlichen Zuständen in Deutschland entwürfen und in der Welt der Sieger, von der die Deutschen ausgeschlossen waren, Verständnis und, so scheint es, manchmal auch Mitgefühl weckten<sup>124</sup>. Zu dem Bemühen, aus jeder nur möglichen Quelle Informationen über die künftige Haltung der Alliierten und ihre Absichten zu gewinnen, trat der oft krampfhaft, hastig betriebene Versuch, dem feindlichen Ausland, aber auch den Neutralen den Wandel in Deutschland, vor allem die friedlichen Ziele seiner neuen Führung glaubhaft darzustellen und zugleich auf die Gefahren des Bolschewismus zu verweisen, die bei zu großer Schwächung Deutschlands verheerende Folgen für Europa haben könnten.

Mit diesen Bestrebungen der Reichsregierung gelangte eine gewandelte Auffassung zum Durchbruch: von dem übertriebenen Glauben an die nationale Selbstherrlichkeit, die auf eine überzeugende Darstellung Deutschlands und die Pflege seines Ansehens im Ausland weithin verzichten zu können glaubte, zu einem eifrigen Erforschen der Ansichten, die außerhalb der eigenen Grenzen über Deutschland bestanden. Es begann gerade in der Außenpolitik jenes Horchen auf die öffentliche Meinung im Ausland, das alle wichtigen außenpolitischen Schritte der Weimarer Republik begleiten sollte. Freilich blieb diese Haltung auf eine kleine Schicht der Bevölkerung und auf einige Diplomaten beschränkt, während weite Kreise auch künftig deutsches Wesen für das Maß aller Dinge hielten und nicht aus der Unfruchtbarkeit und Isoliertheit nationalistischer Tagträume heraus wollten.

Im Herbst 1918 war für kurze Zeit ein Punkt erreicht, wo die meisten leitenden Männer in der Reichsregierung und in der Wirtschaft sich fieberhaft nach außen orientierten und in der Welt nach Zeichen für eine Wendung zum Besseren suchten. Dabei trachteten viele danach, noch einen Rest alter Macht zu bewahren; nur wenige brachten den Mut auf, einen neuen Anfang zu machen. Vertretern beider Richtungen aber wurde eines klar: entscheidend war wirtschaftliche Macht. Zwar schmerzten die Abtretungen an Land, die vorauszusehen waren; höher aber wurden im allgemeinen die wirtschaftlichen Fragen der kommenden Friedensverhandlungen eingeschätzt. Auf diesem Gebiet kam man auch verhältnismäßig rasch zu organisatorischen Lösungen in Form von Sachverständigen-Gremien zur Vorbereitung der deutschen Verhandlungsposition. Die Reichsregierung hoffte, besonders durch inter-

---

<sup>124</sup> Siehe vor allem die Bemühungen um den amerikanischen Industriellen Comstock; PA, WK 30, Bd. 7–9 (4069/D 918 518–19, D 918 921, D 919 119–20).

national anerkannte, über besondere Kenntnisse und gute Verbindungen in der Welt verfügende Wirtschafts- und Finanzleute, aber auch andere international angesehene Persönlichkeiten, einen besseren Zugang zu den entsprechenden Kreisen im Ausland zu bekommen, ja vielleicht so etwas wie eine Geschäfts- und Industriesolidarität wecken und damit eine erste Brücke zu den Alliierten und vor allem zu den Vereinigten Staaten schlagen zu können.

Von allen Ansätzen, die Alliierten zu beeinflussen, muß wohl dieser als der erfolgversprechendste angesehen werden, denn er kam einer Strömung entgegen, die im Ausland nicht nur bei den Neutralen verbreitet war: die durch den Krieg zerstörten Wirtschaftsbeziehungen so bald wie möglich wiederherzustellen. In allen am Handel interessierten Kreisen konnte Deutschland am ehesten auf Verständnis für seine wirtschaftlichen Belange hoffen. Noch während des Notenwechsels über den Waffenstillstand erschien im „Svenska Dagbladet“ vom 18. Oktober 1918 ein Artikel des Nationalökonom Gustav Cassel über die notwendige Handelsfreiheit in der Welt und die wirtschaftlichen Belange der Neutralen, die vornehmlich durch die Blockade und die Deutschland drohenden Wirtschaftsbeschränkungen gefährdet würden. Noch am selben Tage schickte der deutsche Gesandte in Stockholm, Freiherr Lucius von Støedten, die wichtigsten Teile dieses Artikels dem Auswärtigen Amt ein. In Berlin hielt man diesen Bericht für so wichtig, daß man ihn nicht nur an die Gesandtschaften in Bern, Den Haag und Kopenhagen weiterleitete, sondern auch dem Material für die bevorstehenden Friedensverhandlungen hinzufügte<sup>125</sup>.

Die Besorgnisse Cassels wurden auch in den anderen Ländern Skandinaviens und in den Niederlanden geteilt, nicht zuletzt aber in den Vereinigten Staaten<sup>126</sup>. Daß Vermittlungsversuche neutraler Länder jedoch zunächst einmal keine Aussicht auf Erfolg hatten, zeigte der Bericht eines Vertrauensmannes aus der englischen Gesandtschaft in Den Haag. Er teilte mit, daß die englische und die französische Regierung verärgert seien über Bemühungen der Niederlande, eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zu erreichen. Aus diesem Grunde hätten die beiden Ententemächte eine Pressekampagne inszeniert gegen den Aufenthalt Kaiser Wilhelms II. und gegen die deutschen Truppenteilen zugestandene Erlaubnis, bei ihrem Rückmarsch nach Deutschland im Anschluß an den Waffenstillstand Limburg zu durchqueren. Diese Gereiztheit der Entente steigerte die Unruhe der niederländischen Regierung und führte zu einer wachsenden Anteilnahme an der sich entwickelnden deutschen Haltung gegenüber der befürchteten Härte der Friedensbedingungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Man befürwortete, daß die deutsche Stellungnahme fest und eindeutig sein sollte, vor allem also gegen übertriebene Reparationsforderungen gerichtet, empfahl jedoch eine elastische Methode beim taktischen Vorgehen. Dieses müsse darauf ausgehen, Verhandlungen mit dem Ziel einer Revision untragbarer Regelungen zu erzwingen<sup>127</sup>.

<sup>125</sup> PA, WK 15, Bd. 29.

<sup>126</sup> Parrini, S. 1–14.

<sup>127</sup> Telegramm der Nachrichtenstelle Osnabrück vom 3. 12. 1918; PA, WK 30, Bd. 7 (4069/D 918 566). Brief Erzbergers an Bergen vom 4. 1. 1919, Übermittlung eines „soeben eingetroffenen Berichts aus Rotterdam“; PA, WK 2, Bd. 89 (4254/D 955 204–11).

Den Interessen der neutralen Staaten und auch der Amerikaner an einem möglichst raschen wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands schien das entgegengesetzte Interesse Englands und Frankreichs gegenüberzustehen. Auch hierüber liefen Nachrichten aus verschiedenen Quellen ein, die im großen und ganzen übereinstimmten. Die Lage stellte sich danach für das Auswärtige Amt folgendermaßen dar: England wolle durch eine Verzögerung der Friedensverhandlungen den im Krieg erlangten Vorsprung seines Handels und seiner Industrie auf dem Weltmarkt weiter ausdehnen und finde damit in Frankreich durchaus einen Partner, der seinerseits ähnliche Ziele in verstärktem Maße verfolge. Neben der Verzögerung der Friedensverhandlungen und den Versuchen, dem störenden Einfluß Wilsons auszuweichen, würden Maßnahmen erwogen, durch Abtretungen und Verpfändungen die deutsche Wirtschaftskraft zu verringern<sup>128</sup>.

Mögen Einzelheiten auch als unwahrscheinlich gegolten haben, die Tendenz dieses Vorgehens erregte starke Besorgnis bei der Reichsregierung. Betrachtet man die Nachrichten über jene für Deutschland gefährlichen Absichten in Zusammenhang mit den erwähnten Nachrichten über die Absicht der Vereinigten Staaten, nur mit einer soliden demokratischen, nicht aber vom Bolschewismus bedrohten oder gar mit ihr sympathisierenden Reichsregierung Frieden zu schließen, dann wird klar, daß von der Außenpolitik her ein starker Druck in Richtung auf eine rasche Ordnung der inneren Verhältnisse und eine beschleunigte Einberufung der Nationalversammlung bestand. Gerade die Vereinigten Staaten waren daran nachhaltig interessiert. Das merkwürdige Verhältnis innerer und äußerer Einflüsse auf die deutsche Politik war charakteristisch für den gesamten Zeitraum vom Oktober 1918 bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrags. Dem Druck der auswärtigen Konstellation auf die innere Lage in Deutschland entsprach eine gewisse Lähmung, die von den unentschiedenen inneren Verhältnissen auf die Konzipierung einer neuen deutschen Außenpolitik übergriff. Es gab keine neuen Leitgedanken und Initiativen des Rats der Volksbeauftragten, die der Außenpolitik die Ziele gesetzt hätten, und so halfen sich die „Fachleute“ im Auswärtigen Amt mit eigenen Vorstellungen von Tag zu Tag weiter. Die Volksbeauftragten ließen das zu und fügten sich dem Expertentum.

## 6. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Um das Bild der Voraussetzungen zu vervollständigen, unter denen die deutschen Vorbereitungen auf die zu erwartenden Reparationsforderungen bei den Friedens-

<sup>128</sup> Telegramme der Nachrichtenstelle Osnabrück vom 5. und 14. 12. 1918; PA, WK 30, Bd. 7 und Bd. 9 (4069/D 918 677–78 und D 919 244); Telegramm der Gesandtschaft Kristiania vom 14. 12. 1918; PA, WK 30, Bd. 9 (4069/D 919 289). – Der Botschafter in Wien, Graf Wedel, berichtete am 3. 12. 1918, England schwanke zwischen gemeinsamer Politik mit Frankreich, um eine zu große Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu vermeiden, und dem Wunsch nach Erhaltung Deutschlands aus wirtschaftlichem Interesse; PA, WK 30, Bd. 7 (4069/D 918 550).

verhandlungen einsetzten, ist vor allem eine skizzenhafte Darstellung der Situation nötig, in der sich die deutsche Wirtschaft nach der Einstellung der Feindseligkeiten befand.

Das Volkseinkommen sank im Jahre 1918 auf nur noch schätzungsweise 50 bis 60% gegenüber 1913 ab<sup>129</sup>. Fast alle Produktionszweige waren auf Kriegswirtschaft umgestellt und die Produktionsanlagen ebenso wie die Verkehrseinrichtungen veraltet und während des Krieges unter der dauernden Anspannung heruntergewirtschaftet. Auf dem Gebiet des Bergbaus und der Salinen war 1918 die Produktionsleistung auf 83,9% verglichen mit 1913 abgesunken und sank im Verlauf des Jahres 1919 weiter auf 66,9%. Für die Metallproduktion betrugen die Werte 77,1% und 43,1%. Die Steinkohlenförderung betrug 1913 190 Mio., 1918 nur noch 162 Mio. Tonnen<sup>130</sup>. Nach Gerhard Bry soll die gesamte deutsche Industrieproduktion 1919 nur 42% derjenigen von 1913 betragen haben<sup>131</sup>.

Die Arbeitsleistung war zumeist infolge Überbeanspruchung und schlechter Ernährung zurückgegangen; im Bergbau um fast 20%. Im Hinblick auf die drohende Kostensteigerung wurde die Einführung des Achtstundentages von den Unternehmern vielfach mit Argwohn betrachtet<sup>132</sup>. Hinzu kamen sprunghaft ansteigende Lohnforderungen. Obwohl aber die Reallöhne der Arbeiter im Jahre 1919 gegenüber der Kriegszeit beträchtlich zunahmen, blieben sie noch um 20% unter dem Niveau von 1913<sup>133</sup>. Die Demobilisierung der Streitkräfte brachte die Gefahr großer Arbeitslosigkeit. Diese Gefahr mußte sich noch vergrößern, wenn die vorerst von den siegreichen Mächten noch zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen entlassen wurden. Außerdem fielen die Kriegsaufträge des Staates für die Industrie weg.

Zur möglichst raschen Wiederaufnahme der Friedensproduktion waren aber nach der rücksichtslosen Ausschöpfung des Wirtschaftspotentials während des Krieges umfangreiche Investitionen notwendig. Sie zu ermöglichen, gab es nur zwei Wege: Konsumverzicht und Auslandsanleihen; beide wurden erwogen. Die Reichsregierung, in erster Linie das Reichswirtschaftsministerium<sup>134</sup>, neigte im Rahmen geplanter dirigistischer Maßnahmen mehr der ersten Möglichkeit zu, einige einflußreiche Bankiers, an ihrer Spitze Max Warburg, der zweiten. Neben den Mitteln für Investitionen, Rohstoffe und Lebensmittel – die Ernteerträge waren 1918 um 20% gegenüber 1913 zurückgegangen<sup>135</sup> – mußten aber in den folgenden Jahren be-

<sup>129</sup> Roesler, S. 122. Allgemein: Hoffmann u. a., Volkseinkommen.

<sup>130</sup> Hoffmann, Wachstum, S. 342, 354; Lange, S. 26, eine heute noch wertvolle Studie.

<sup>131</sup> Bry, S. 20.

<sup>132</sup> Roesler, S. 122. Quellen, 6/I, S. 105 Anm. 3.

<sup>133</sup> Bry, S. 74, 432.

<sup>134</sup> Bis zum 13. 2. 1919, dem Tag der Bildung des ersten Reichsministeriums unter Scheidemann, blieb aus dem Kaiserreich die Bezeichnung Reichswirtschaftsamt erhalten. Das gilt auch für die übrigen Ressorts. Nur das Auswärtige Amt behielt bis heute seinen traditionellen Namen.

<sup>135</sup> Schieck, S. 8, dazu aber S. 49 Anm. 19. Die Dissertation Schiecks wäre es wert, auf den neuesten Stand gebracht und gedruckt zu werden.

trächtliche Gelder für Zinsen und Tilgung der inneren Kriegsschulden aufgewendet werden. Ungefähr die Hälfte der deutschen „Kriegsausgaben im engeren Sinn“, die insgesamt ca. 80 Mrd. Mark betrugen, war auf die Zeit nach dem Krieg abgewälzt worden – hauptsächlich in Form von Kriegsanleihen. Die schwebende Schuld des Reiches war von 0,3 Mrd. Mark im Juli 1914 auf 55,2 Mrd. Mark im Dezember 1918 gestiegen. Zu diesem Zeitpunkt betrug die fundierte Schuld fast 89 Mrd. Mark<sup>136</sup>.

Die Reichsbank verfügte am 31. Dezember 1918 über Gold im Werte von 2262 Mio. und Devisen in Höhe von schätzungsweise 200 Mio. Mark<sup>137</sup>. Diese Summen wurden vor allem als Währungsreserve benötigt und kamen für die Reparationszahlungen kaum in Betracht; sie waren auch viel zu gering. Trotzdem bestimmten die Alliierten im Trierer Finanzabkommen vom 13. Dezember 1918 mit Rücksicht auf künftige Reparationen, daß der Metallbestand der Reichsbank, Devisen und alle Auslandswerte zu ihrer Verfügung blieben<sup>138</sup>. Das war eine Maßnahme, welche die deutsche Wirtschaft weiter lähmte. Bei der fortschreitenden Markentwertung mußte Deutschland damit rechnen, daß die Reparationen in Devisen eingefordert würden. Devisen waren aber immer schwerer aufzubringen. Im Dezember 1918 betrug der Dollarkurs schon 8,28 Mark (August 1914: 4,19 Mark). Er stieg im Juli 1919 auf 14 Mark und im Januar 1920 auf 64,80 Mark im Monatsdurchschnitt. Der gesamte Bargeldumlauf einschließlich der Darlehenskassenscheine und der Reichskassenscheine war von 6969 Mio. Mark im Juli 1914 auf 33 106 Mio. Mark im Dezember 1918 angewachsen<sup>139</sup>. Trotzdem blieben die Zinssätze niedrig; der Diskontsatz stand während des Krieges und im Jahre 1919 gleichbleibend bei 5%. Der Privatdiskont an der Berliner Börse schwankte, erreichte 1917 und 1918 den Höchststand mit durchschnittlich 4,63 Mark und fiel 1919 im Jahresdurchschnitt wieder auf 3,19 Mark<sup>140</sup>. Das Geld blieb billig. Es wurden keine Schritte zur Bekämpfung der Inflation unternommen. Schon zu diesem Zeitpunkt und erst recht in den folgenden Jahren konnte an Reparationszahlungen in großem Stil nur nach erfolgreicher Stabilisierung der deutschen Währung gedacht werden. Das war auch für die Aufbringung der Reparationen in Form von Steuern entscheidend: bei fortgesetztem, u. U. rapidem Markverfall war eine ertragreiche Steuererhebung ganz besonders erschwert. Jede Stabilisierung aber mußte vergeblich bleiben, wenn nicht zugleich für einige Jahre Reparationsleistungen in bar zurückgestellt und die Einfuhrüberschüsse durch Anleihen gedeckt werden konnten. Nur mit Hilfe darüber hinaus-

---

<sup>136</sup> Roesler, S. 154–57, 204–05. Schreiben des Reichsfinanzministers Schiffer vom 8. 3. 1919 an Bernstorff; PA, WK 30, Bd. 30 (4080/D 923 921–24).

<sup>137</sup> Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1919, S. 165; Bergmann-Denkschrift, siehe unten S. 83.

<sup>138</sup> Waffenstillstand, Bd. I, S. 329–31. Dort siehe auch die weiteren Verhandlungen und Abmachungen über finanzielle und wirtschaftliche Fragen des Waffenstillstands. Die verlangten Ablieferungen und Rückgaben gehören schon in den Rahmen der Reparationsleistung.

<sup>139</sup> Roesler, S. 217–18, 229; Stolper, S. 98.

<sup>140</sup> Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1919, S. 169, und 1920, S. 116–17.

gehender Anleihen waren Reparationszahlungen möglich. Die Höhe der Ende 1918 bereits bestehenden deutschen Auslandsverpflichtungen läßt sich nicht genau angeben. Deutsche Sachverständige rechneten mit 3 bis 5 Mrd. Mark.

Angesichts dieser Lage empfahl der aus Wien stammende und später in der Schweiz tätige Bankier Felix Somary, der zuweilen von der deutschen und der österreichischen Regierung als Berater herangezogen worden war, der Reichsregierung – wie auch der österreichischen – als ersten Schritt zur finanziellen und wirtschaftlichen Sanierung dringend, nach dem Waffenstillstand den Staatsbankrott zu erklären. Er wies darauf hin, daß die Verluste, die vielen dadurch zugefügt würden, wesentlich geringer seien, als eine allmähliche und schließlich katastrophale Zerrüttung aller finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Die weitaus größten Ansprüche an den Staat resultierten aus den Kriegsanleihen. Um sie nicht abschreiben zu müssen und um Deutschlands Kreditwürdigkeit im Hinblick auf das wirtschaftliche Wiedererstarken und die Reparationsverpflichtungen zu erhalten, sprachen sich führende deutsche Bankiers scharf gegen den Vorschlag aus. Er wurde von der Reichsregierung, obwohl er wahrscheinlich vernünftig war, abgelehnt<sup>141</sup>.

Weiterhin erschien angesichts der bedrohlichen finanziellen und wirtschaftlichen Lage eine Politik der niedrigen Preise und Löhne angezeigt, vor allem auch zur Belebung des Exports. Andererseits konnte das Kapital, das im Hinblick auf die bevorstehenden ungeheuren Belastungen notwendig war, nicht bereitgestellt werden, wenn die Menschen nicht genügend Einkommen hatten, um Ersparnisse zu bilden oder hohe Steuern zu zahlen. Nachdem der Waffenstillstand geschlossen worden war, hielten sich die Käufer während einer kurzen Phase wirtschaftlicher Depression in der Erwartung, daß die im Kriege stark überhöhten Preise sinken würden, allgemein zurück. Die Preise sanken aber nicht, sie stiegen. Die Selbstkosten der Unternehmer wuchsen in die Kriegspreise hinein, vor allem auf Grund der Lohnsteigerungen und der schwierigen Umstellung auf die Friedensproduktion. Die Warennachfrage setzte dann trotz der hohen Preise ein, ja trieb sie weiter in die Höhe, da die Produktion nicht Schritt halten konnte<sup>142</sup>. Die Unternehmer verlangten außerdem preistreibende höhere Gewinne zum Zweck der Kapitalbildung<sup>143</sup>. Im übrigen war die psychologische Situation derart, daß die Bevölkerung nach den schweren Jahren der Entbehrung für Konsumverzicht nicht viel übrig hatte.

Darüber hinaus mußte man sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß als Folge des verlorenen Krieges weitere Schwierigkeiten für die deutsche Wirtschaft in Rechnung zu stellen waren. So konnte der Verlust der Auslandsanlagen und der Kolonien als wahrscheinlich gelten. Rohstoffe, die bisher im eigenen Lande zur Verfügung standen – wie die Erze Lothringens, die Kohle im Saargebiet und in

<sup>141</sup> Somary, S. 184–86.

<sup>142</sup> Trendelenburg, S. 48–49, 56–61, 70.

<sup>143</sup> Richard Merton (Metallgesellschaft) verurteilte auf der anderen Seite am 13. 12. 1918 scharf das „unmoralische Wirtschaftsleben“ und die rücksichtslosen profitgierigen Revolutionsgewinnler, die die Kriegsgewinnler abgelöst hätten; Merton, S. 35–36. Vgl. Feldman, *Army*, S. 391–402.

Oberschlesien und das Kali im Elsaß – würden der Industrie verloren gehen. Die Besetzung des Rheinlandes durch amerikanische, belgische, englische und französische Truppen brachte zwei weitere Nachteile mit sich, einmal drohte die Abschnürung der linksrheinischen Gebiete vom Reich, zum andern entstand ein „Zolloch“ im Westen, das die Reichsregierung nicht durch eine Zollgrenze am Rhein stopfen konnte, da sie sonst die Abschnürung noch gefördert hätte. Schließlich drohte insbesondere die Gefahr einer Art von Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß auf Grund einengender und den deutschen Handel beeinträchtigender Friedensbedingungen. Am bedrohlichsten wirkte sich für die deutsche Industrie der Rohstoffmangel infolge der Blockade aus. Die Sicherung der Rohstoffzufuhr wurde deshalb eines der wichtigsten deutschen Friedensziele<sup>144</sup>.

Abgesehen von allen genannten Schwierigkeiten war eine Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft schon aus dem Grunde nötig, weil nur mit einer aktiven Handelsbilanz die Abtragung der Kriegsfolgelasten, in erster Linie der Reparationen, ermöglicht werden konnte. Tatsächlich jedoch war die Handelsbilanz sogar im letzten Friedensjahr 1913 noch mit 673 Mio. Mark passiv gewesen<sup>145</sup>. Nur die Einnahmen aus den deutschen Auslandsanlagen, der Schifffahrt u.ä. hatten die Zahlungsbilanz ausgeglichen. Die Ausgleichsposten fielen nun weg, und die Reparationen mußten letzten Endes in jedem Falle durch Waren oder – sicher in weit geringerem Maße – in Form von Dienstleistungen gezahlt werden.

Was für alle Industrienationen, vor allem aber für das unterlegene Deutschland, Schwierigkeiten brachte, war die Entwicklung der Weltwirtschaft während des Ersten Weltkriegs. Die Welthandelströme waren unterbrochen. Manche Länder in Übersee versuchten, die benötigten, während des Krieges aber von den europäischen Ländern nicht gelieferten Importwaren selber herzustellen, oder sie kauften sie in den Vereinigten Staaten<sup>146</sup>. Die starken Bestrebungen der alliierten Staaten, besonders Englands und Frankreichs, ihren Macht- und Einflußbereich nach außen wirtschaftlich abzuschließen, was von den Vereinigten Staaten mit Nachdruck bekämpft wurde, drohten den Welthandel noch mehr einzuengen<sup>147</sup>. Für Deutschland bedeutete dies eine zusätzliche Erschwerung des Zugangs nicht nur zu den überseeischen, sondern auch zu den europäischen Märkten. Auch der russische Markt war infolge der bolschewistischen Revolution zunächst einmal verloren. Außerdem mußte man allgemein mit weiteren Handelshindernissen durch die Schaffung vieler neuer Grenzen in Europa, insbesondere infolge der Aufteilung Österreich-Ungarns rechnen.

---

<sup>144</sup> Daten zur Abhängigkeit Deutschlands von der Rohstoffzufuhr siehe Schieck, S. 7–8. Er spricht bei der Erörterung der „Produktivität der Hauptwirtschaftszweige“ von der Bedrohung der Wirtschaft im Frühjahr 1919 durch ein „politisch-soziales Produktivitätshindernis“ (S. 115) und meint damit die Unsicherheit über die innere und äußere Entwicklung sowie den Rohstoff- und Lebensmittelmangel.

<sup>145</sup> Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1914, S. 181.

<sup>146</sup> Harmssen, S. 5–8.

<sup>147</sup> Eingehende Analyse bei Parrini, S. 15–39.

Insgesamt lag 1919, wie Ernst Trendelenburg schrieb, der viele Jahre Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium während der Weimarer Republik war, eine Situation vor wie geschaffen für die Anwendung der Theorien des klassischen Wirtschaftsliberalismus. Europa konnte und mußte mit Hilfe umfangreicher Kreditoperationen wirtschaftlich wieder aufgerichtet werden. Der große Bedarf war vorhanden und es gab diejenigen, die ihn decken konnten. In Übersee, in erster Linie in den Vereinigten Staaten, waren die benötigten Güter, Rohstoffe und Lebensmittel reichlich vorhanden, und vor allem verfügten die Amerikaner über die finanzielle Kraft, sie auf Kredit zu liefern sowie zusätzliche Barkredite zu geben<sup>148</sup>. Damit rechneten auch die führenden deutschen Bankiers und Unternehmer. Daß es nicht dazu kam, lag an den Meinungsverschiedenheiten der Vereinigten Staaten mit Frankreich und England über die Reparationen, die interalliierten Schulden und die künftige Ausgestaltung der Weltwirtschaft<sup>149</sup>. Die Amerikaner wollten bei wirtschaftlich unsicheren Verhältnissen kein Geld in Europa anlegen und verlangten einen weitgehend offenen Markt für ihren Export. Sie hielten vor allem die Reparationsvorstellungen der Entente wirtschaftlich für ruinös. Die Franzosen und Engländer ließen sich davon nicht beeindrucken, und so kam es zwischen den Siegern in Versailles zu keiner umfassenden finanziellen und wirtschaftlichen Einigung, die auch Deutschland eine Chance geboten hätte.

Viel näher als die kommenden außenpolitischen Probleme lagen dem Rat der Volksbeauftragten die innenpolitischen Fragen der wirtschaftlichen Zukunft, die ihn am 14. Dezember 1918 zu einem Aufruf an die deutschen Arbeiter veranlaßten. Deutschland sei jetzt arm, jeder sei verpflichtet zu harter Arbeit. Die Volksbeauftragten wiesen auf die abgenutzten Produktionsanlagen, die fehlenden oder heruntergekommenen Verkehrsmittel, den Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen, die schwierige Lage der Landwirtschaft und die allgemeine Not hin. „Ungeheuerlich sind die Lasten, die der siegreiche Feind uns aufbürdet.“ Die Arbeiter sollten jetzt dafür Sorge tragen, daß Deutschland der Hunger und der Bürgerkrieg erspart blieben. Sie sollten die zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufrichten und den völligen Zusammenbruch abwenden, indem sie der Verpflichtung zur Arbeit für die „Zukunft unserer sozialistischen Republik“ folgten<sup>150</sup>.

Der Zwang, die Produktion so weit wie möglich zu steigern und mit den Produkten vor allem im Export in jeder Hinsicht konkurrenzfähig zu sein, war unabweisbar. Die wichtigste Ursache für die fortlaufende Geldentwertung waren zwar die staatlichen Anforderungen an die Volkswirtschaft während des Krieges, die z. T. durch exzessive Geldschöpfung beglichen wurden, trotzdem aber war die Entwicklung der Löhne und Preise nach dem Krieg von großer Bedeutung. Den Unternehmern war natürlich weder die Einführung des Achtstundentags noch eine kräftige Steigerung der Löhne recht. Sozialpolitische Verbesserungen waren aber unumgänglich,

<sup>148</sup> Trendelenburg, S. 58.

<sup>149</sup> Parrini, S. 40–43, 47–49, 66–71; Keynes, Writings, Bd. 16, Kapitel 5.

<sup>150</sup> Ursachen, III, S. 36–37.

denn nur so konnte der Rat der Volksbeauftragten, voran die SPD, die Unruhe unter den Arbeitern zügeln, die sich zu fragen begannen, für wen sie eigentlich arbeiteten. Damit war die entscheidende Frage nach der Sozialisierung und der künftigen Wirtschafts- und Gesellschaftsform aufgeworfen.

In der Arbeiterschaft wurde die Forderung nach Sozialisierung in zweierlei Form laut, einmal als Vergesellschaftung der Produktionsmittel in Verbindung mit Planwirtschaft, zum andern aber in der Form eines wirtschaftlichen Rätessystems auf syndikalistischer Grundlage, dem diejenigen Elemente der Arbeiterschaft anhängen, die selbst die Verantwortung für die Produktion übernehmen und nicht bloß den Unternehmer gegen den sozialistischen Staat als Arbeitgeber eintauschen wollten<sup>151</sup>. Derartige Ziele waren den Auffassungen der SPD und der Gewerkschaften vollkommen entgegengesetzt. „Der grundlegende Begriff der ‚Vergesellschaftung der Produktionsmittel‘ wurde [in der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft vor 1914] auf seine negativ-kritische Seite beschränkt, in positiver Hinsicht blieb er leer<sup>152</sup>.“

Schon am 16. November 1918 warnten die Gewerkschaften vor sozialistischen Experimenten in einer Zeit, da die Bevölkerung Arbeitsplätze und Lebensmittel brauche<sup>153</sup>. Deshalb stießen die Unternehmer mit ihrer fast einmütigen Ablehnung der Sozialisierung in jeder Form, sei es durch Verstaatlichung, Gemeinwirtschaft oder Rätessystem, kaum auf Widerstand bei der Reichsregierung. Der Widerspruch aus den Reihen der Arbeiter, der sich in großen Streiks Luft machte, ließ sich nicht so leicht überwinden, er schuf seit Anfang 1919 vor allem im Ruhrgebiet erneut eine revolutionäre Situation<sup>154</sup>. Das war gerade im Hinblick auf die zu leistenden Reparationen eine sehr wichtige Tatsache: Es gab auf der Seite der Regierung weder eine Konzeption noch eine vorausschauende Planung für die Einrichtung der deutschen Nachkriegswirtschaft, es herrschte andererseits und zum Teil als Folge davon wirtschaftliche Unsicherheit. Man war im Ungewissen über die künftigen innenpolitischen und außenpolitischen Bedingungen für die deutsche Volkswirtschaft<sup>155</sup>. Dabei konnte es nicht ausbleiben, daß die Mehrheit der Industriellen auf die krasse Vertretung nur ihrer eigenen Interessen gelenkt wurde.

Die SPD hätte gleich nach dem 9. November 1918 Gelegenheit gehabt zu stärkeren Eingriffen in die wirtschaftliche und soziale Ordnung Deutschlands, und die Unternehmer hätten sich, um nur zu überleben, noch auf einen ganz anderen „Boden der Tatsachen“ gestellt<sup>156</sup>. Fraglich bleibt natürlich, ob eine mehr sozialistisch eingestellte Reichsregierung eine andere Taktik und bessere Mittel zur Behandlung

<sup>151</sup> Oertzen, S. 130–31, 233–35.

<sup>152</sup> Oertzen, S. 232.

<sup>153</sup> Lösche, S. 167; Feldman, Army, S. 525. Siehe auch die ablehnende Haltung Cohens und Eberts; Ursachen, III, S. 41–43, 155–56.

<sup>154</sup> Oertzen, S. 236 ff.

<sup>155</sup> Quellen, 6/I, S. 114–15.

<sup>156</sup> Dazu auch Rosenberg, S. 12; Feldman, Army, S. 530. Auf die Offenheit der historischen Situation verweist Klemperer, S. 76, der im übrigen allgemein die Differenzierungen konservativen Verhaltens betont. Schulz hingegen schrieb S. 151: „Soweit sich das histo-

der Reparationsfrage gefunden hätte. In diesem Zusammenhang hat aber Oertzen auf einen für die Wiederankurbelung der Wirtschaft wie für die Leistung von Reparationen gleich wichtigen massenpsychologischen Faktor hingewiesen: „Wenn wir von der Sachproblematik einer sozialisierten Wirtschaft einmal absehen und nur die massenpsychischen Umstände betrachten, dürfen wir sagen, daß eine entschlossene Sozialisierungspolitik der Regierung [...] vermutlich keine schlechteren Ergebnisse bei der Hebung der Produktion gehabt hätte, als die tatsächlich geführte Politik; die politische Radikalisierung jedoch, die im Laufe des Jahres 1919 und 1920 nun wirklich große Arbeitermassen an die Seite des bislang einflußlosen Bolschewismus trieb, wäre unzweifelhaft geringer gewesen<sup>157</sup>.“

Jedenfalls erhielten stattdessen die Unternehmer das Übergewicht, denn nun waren sie allein imstande, das gesamte Wirtschaftsleben wieder in Gang zu setzen. Sie sahen auch die schweren Belastungen künftiger Reparationen und lenkten die Aufmerksamkeit der Reichsregierung zunächst im Zusammenhang mit der immer noch drohenden Sozialisierung auf diesen Tatbestand. Schon bald, Ende Dezember 1918 und Anfang Januar 1919, erklärten daraufhin führende Politiker der SPD wie Landsberg oder der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts August Müller, daß auch außenpolitische Gründe gegen die Sozialisierung zu jenem Zeitpunkt sprächen; denn die Entente werde die Hand auf alles staatliche Eigentum legen, um sich Reparationen zu sichern. Karl Kautsky, der marxistische Theoretiker, der seit 1917 Mitglied der USPD und seit Ende November 1918 Vorsitzender der vom Rat der Volksbeauftragten eingesetzten Sozialisierungs-Kommission war, erklärte demgegenüber, die Entente werde auch Privateigentum für die Reparationen heranziehen<sup>158</sup>. Für beide Behauptungen lassen sich ausländische Quellen als Grundlage nicht nachweisen; es ging doch in erster Linie um die innerdeutsche Auseinandersetzung über die wirtschaftliche und soziale Lage und ihre künftige Entwicklung.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die komplizierte Problematik, mit der sich die Reichsregierung durch die Verknüpfung von wirtschaftlichen und sozialen Fragen auseinanderzusetzen hatte, wies schon auf die Befürchtungen und die Argumente hin, die während der deutschen Vorbereitungen auf die Friedensverhandlungen in wirtschaftlicher Hinsicht laut wurden – oft aus wahrer Besorgnis um die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands, sicher auch zuweilen voller Übertreibung und teilweise mangels eines der außergewöhnlichen Situation nach dem Ersten Weltkrieg adäquaten Niveaus der volkswirtschaftlichen Theorie, ein Problem, das für die wirtschaftlichen Fragen der Weimarer Republik insgesamt von besonderer

---

rische Urteil auf bekannte Tatsachen berufen kann, gab es nach dem Sturz der Monarchie doch wohl gar keine eindeutig ausgeprägten gleichartigen Chancen verschiedener Entwicklungen, wie es vereinfachendem Denken im Nachhinein in ebenso unhistorischer wie unrealistischer Weise erscheinen mag.“ M.E. liegt eine Vereinfachung eher umgekehrt in der Annahme, daß die Entwicklung nur so hätte verlaufen können, wie sie verlaufen ist. Dazu unten S. 67 ff.

<sup>157</sup> Oertzen, S. 253.

<sup>158</sup> Zentralrat, S. 317–19.

Bedeutung war. So wurde, um nur ein Beispiel zu nennen, der Wert direkter Verfügung über Rohstoffe und auch politisch gesicherter Beherrschung von Absatzmärkten, sei es in Form von Kolonien oder von Interessensphären, weit überschätzt<sup>159</sup>.

Keine der beteiligten Regierungen überblickte hinreichend die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und die wirtschaftlichen Auswirkungen der Friedensbedingungen. Es war insgesamt gesehen so, daß man gemeinhin versuchte, die ungewöhnlichen, alle bis dahin gebräuchlichen Maßstäbe sprengenden Probleme der Nachkriegszeit einer Lösung zuzuführen, die ganz im Rahmen der Politik von vor 1914 blieb und die dem im Grund unwiederbringlichen Vorkriegszustand möglichst angenähert sein sollte – mit dem Unterschied allerdings, daß Deutschland in seiner europäischen Position nachdrücklich reduziert war und Ost- und Südosteuropa eine neue staatliche Gestaltung erfuhren.

---

<sup>159</sup> Bonn machte den Versuch, dieses Problem in seiner kleinen Schrift: Herrschaftspolitik oder Handelspolitik, zu theoretisieren.